



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

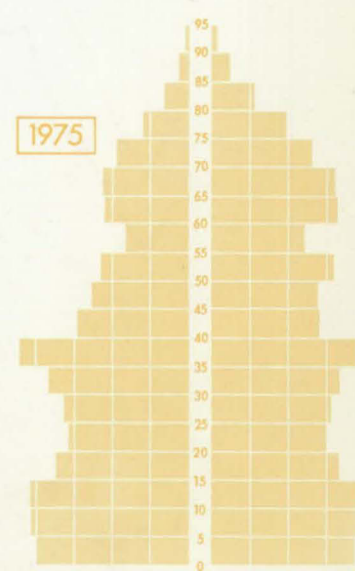
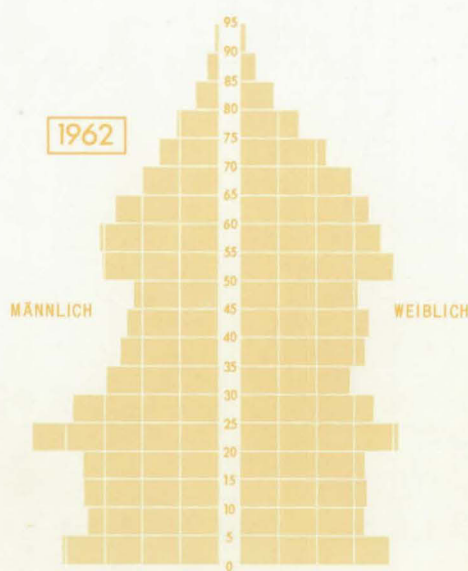
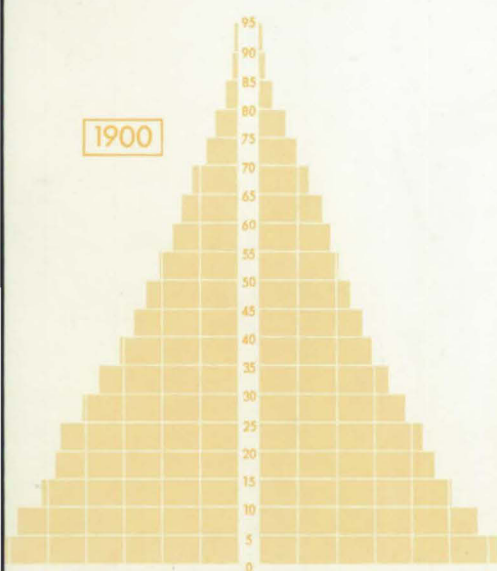
16. Jahrgang · Heft 11

November 1964 ·

Grafik des Monats: Nettoproduktionswert
der Industrieunternehmen 1962

Aufsätze: Wahlberechtigte 1961 und 1965
Arbeitsstätten des Verkehrs
Lohnerhebungen der EWG
Sparen der Haushalte
Feuerwehren 1963

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

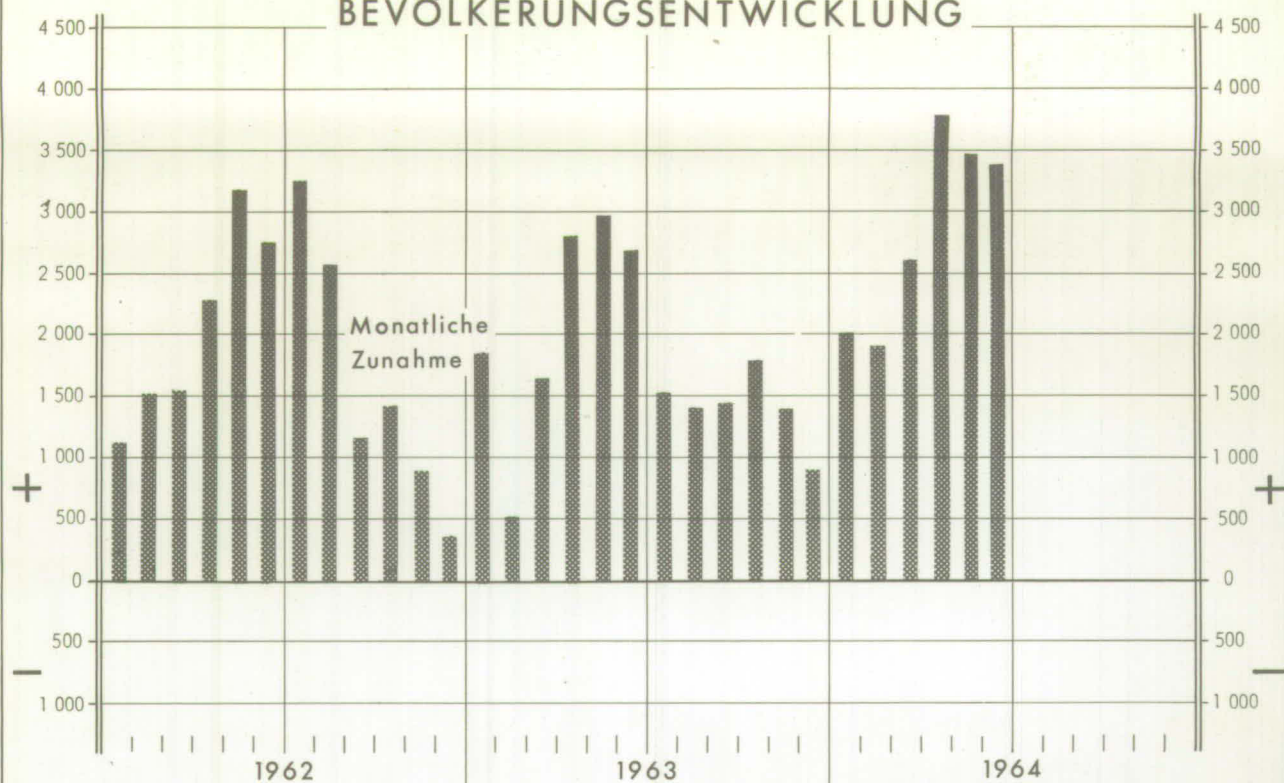


Herausgegeben vom

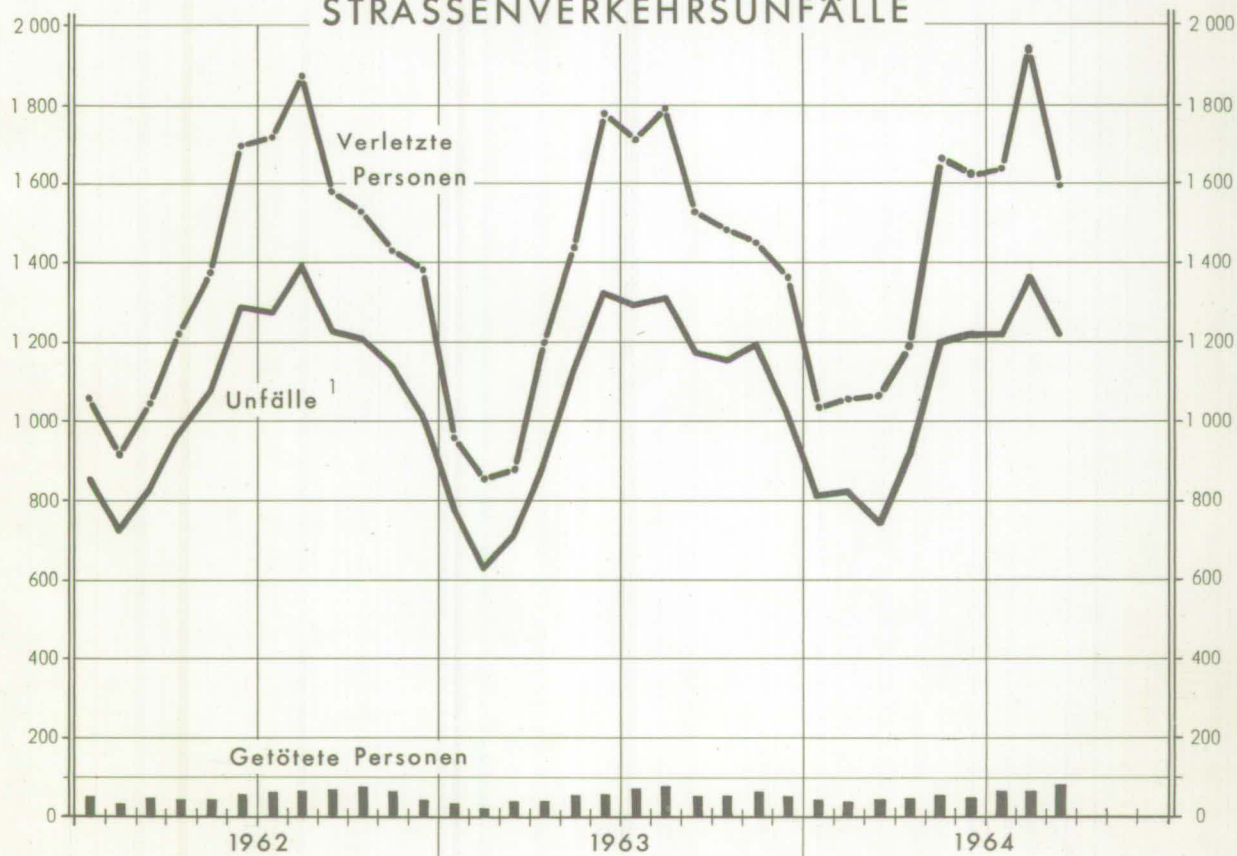
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

D-3391

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



1) nur Unfälle mit Personenschaden



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 11

November 1964

Aktuelle Auslese

PKW AUF 1 000 EINWOHNER



Der Bestand an Personenkraftwagen – je 1 000 Einwohner berechnet – nahm im letzten Jahr in den Bundesländern weiter zu:

| Pkw je 1 000 Einw. Anfang Juli | | | Pkw je 1 000 Einw. Anfang Juli | | |
|-----------------------------------|------------|-----|-----------------------------------|------------|-----|
| 1963 | 1964 vorl. | | 1963 | 1964 vorl. | |
| Schlesw.-Holst. | 122 | 138 | Bayern | 130 | 145 |
| Niedersachsen | 122 | 137 | Saarland | 113 | 124 |
| Nordrh.-Westf. | 125 | 138 | Hamburg | 144 | 158 |
| Hessen | 138 | 153 | Bremen | 124 | 136 |
| Rheinl.-Pfalz | 122 | 136 | Berlin (West) | 106 | 119 |
| Baden-Württbg. | 136 | 150 | Bundesgebiet | 128 | 142 |

WANDERUNGSVERLUSTE DER KLEINEN UND DER GROSSEN GEMEINDEN

Die kleinen Gemeinden Schleswig-Holsteins mit weniger als 1 000 Einwohnern hatten auch 1963 wieder im Durchschnitt Wanderungsverluste zu verzeichnen, desgleichen die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern (Kiel und Lübeck).

| Gemeinden mit | | Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-) |
|-----------------------------|---------|---|
| weniger als | 1 000 | - 2 600 Personen |
| 1 000 – | 2 000 | + 200 " |
| 2 000 – | 5 000 | + 4 400 " |
| 5 000 – | 20 000 | + 9 500 " |
| 20 000 – | 100 000 | + 1 700 " |
| 100 000 und mehr Einwohnern | | - 3 400 " |
| Insgesamt | | + 9 900 Personen |

KRÄFTIGE ZUNAHME DER VERMÖGEN



Das Vermögen der zur Vermögensteuer veranlagten Schleswig-Holsteiner hat sich zwischen 1960 und 1963 um ein Viertel erhöht. Ihr durchschnittliches Vermögen stieg dadurch im genannten Zeitraum von 140 000 DM auf auf 177 000 DM. Da der ermäßigte Steuersatz von 0,75 % für mehr und mehr Steuerpflichtige fortfällt, stieg die Steuerschuld bedeutend kräftiger als das Vermögen, nämlich beinahe um vier Zehntel.

SEIT 1957 WANDERUNGSGEWINN



In den Jahren 1957 bis 1963 ist die Zahl der Personen, die nach Schleswig-Holstein zugezogen sind, in jedem Jahr größer gewesen als die der Personen, die das Land verlassen haben. 1963 ergab sich bei rund 83 100 Zuzügen und rund 73 200 Fortzügen über die Landesgrenze ein Wanderungsgewinn von über 9 900 Personen. Dies war der zweithöchste Wanderungsgewinn seit 1957. Der jährliche Wanderungsgewinn lag zwischen 3 100 Personen (1958) und 12 900 Personen (1961).



DIE KLEINEN SCHULEN

Der Anteil der ein- bis dreiklassigen Volksschulen an allen Volksschulen Schleswig-Holsteins sinkt von Jahr zu Jahr. Von 100 öffentlichen Volksschulen waren im Mai 1961 74 ein- bis dreiklassig und im Mai 1964 nur noch 70. Von den schleswig-holsteinischen Volksschülern (ohne Schüler in Aufbauzügen und Sonderschulklassen) besuchten 1961 nicht ganz 28 % und 1964 knapp 26 % eine ein-, zwei- oder dreiklassige Schule.

GETREIDEERNTE 1964



Mit nicht ganz 1,48 Mill. t Getreide wurde in Schleswig-Holstein die bisher höchste Getreideernte erzielt, 18 % mehr als 1963 und 21 % mehr als im langjährigen Mittel. Trotz etwas geringerer Anbaufläche wurde die Ernte des bisherigen Rekordjahres 1959 noch um mehr als 172 000 t übertroffen. Im Durchschnitt aller Getreidearten wurden gut 36 dz vom Hektar geerntet, 21 % mehr als im langjährigen Mittel.

Aus dem Inhalt

Wahlberechtigte 1961 und 1965 Seite 263

Zur letzten Bundestagswahl 1961 wiesen die Wählerverzeichnisse in Schleswig-Holstein 1 626 000 Wahlberechtigte aus. Bei der nächsten Bundestagswahl im September 1965 werden es voraussichtlich 4 % mehr sein. Einzeluntersuchungen für die Bundestagswahlkreise Lübeck und Pinneberg ergaben, daß es in Lübeck 1965 nur 2 % mehr Wahlberechtigte geben wird als 1961, in Pinneberg aber fast 13 % mehr. Im Landesdurchschnitt wird 1965 jeder 11. Wahlberechtigte zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl entscheiden müssen, ob er von seinem Wahlrecht Gebrauch machen und welcher Partei er den Vorzug geben will. Im Wahlkreis Lübeck wird jeder 12. und im Wahlkreis Pinneberg jeder 10. Wahlberechtigte ein Erstwähler sein. – Von den 1 693 000 Wahlberechtigten, die 1965 in Schleswig-Holstein voraussichtlich zu erwarten sind, werden vermutlich 20 % zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt sein. Dieser Anteil setzt sich aus den Erstwählern und den Zugezogenen zusammen. Im Wahlkreis Lübeck werden 1965 23 % der nicht ganz 180 000 Wahlberechtigten "neu" sein und im Wahlkreis Pinneberg 35 % der rund 170 000 Wahlberechtigten.

Arbeitsstätten des Verkehrs Seite 264

Im November 1962 gab es nach den Ergebnissen des Verkehrszensus in Schleswig-Holstein 5 064 Arbeitsstätten der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In ihnen waren rund 51 000 Personen beschäftigt. Im Durchschnitt arbeiteten 10 Personen in einer Arbeitsstätte. Die Betriebe verfügten über 1 185 Kraftomnibusse und -anhänger, 7 850 Lastkraftwagen und -anhänger, 339 Binnenschiffe und 385 Seeschiffe. Diese Gesamtzahlen geben nur einen sehr groben Überblick, weil sich die Betriebe hinsichtlich der Art ihrer ausgeübten Wirtschaftstätigkeiten sehr unterscheiden. Der Aufsatz geht auf diese Einzelheiten ein.

Lohnerhebungen der EWG Seite 270

In den EWG-Lohnerhebungen, die sich auf die Jahre 1959, 1960 und 1961 erstreckten, wurden für 35 Industriezweige die Aufwendungen der Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten für Löhne und Gehälter sowie für Lohnnebenkosten erfaßt. Für Schleswig-Holstein ergab sich dabei, daß in den drei Erhebungsjahren von solchen Unternehmen 459 Mill. DM an Direktlohn und -gehalt, das ist das Entgelt für die geleistete Arbeit, gezahlt wurden. Hinzu kamen noch 177 Mill. DM Lohnnebenkosten, darunter fallen vielfältige gesetzliche, tarifliche und freiwillige Leistungen der Unternehmen, wie Urlaubs- und Feiertagsbezahlung, Beiträge zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, Gratifikationen, Gewinn- oder Ertragsbeteiligungen, Aufwendungen zur Mutterschaftsfürsorge, Verpflegungs- und Kantinenzuschüsse usw. Je Arbeitnehmer und Jahr

wurden im Durchschnitt aller Industriezweige und Jahre 7 500 DM gezahlt. Von 100 DM Arbeitskosten entfielen durchschnittlich in Schleswig-Holstein bei Arbeitern und Angestellten zusammen 72 DM auf Direktlohn und 28 DM auf Lohnnebenkosten. Die Obergrenze des Direktlohnes lag bei rund 79 DM in der Herstellung von Glas, die Untergrenze in der Papiererzeugung bei 56 DM; die Nebenkosten reichten in Schleswig-Holstein dementsprechend von 21 DM bis 44 DM. Geht man von 100 DM Direktlohn aus, so kamen rund 39 DM Lohnnebenkosten dazu; sie waren in Schleswig-Holstein niedriger als im Bundesgebiet mit durchschnittlich 45 DM, und zwar vermutlich deswegen, weil die Betriebe in Schleswig-Holstein in der Mehrzahl kleiner sind als im Bundesdurchschnitt und die Nebenkosten in kleinen Betrieben niedriger liegen als in größeren.

Sparen der Haushalte Seite 279

Im Frühjahr 1962 wurden rund 43 000 Haushalte in der Bundesrepublik gefragt, ob sie Wertpapiere, Geschäftsanteile, Sparbücher, Bausparverträge sowie Lebensversicherungs- und Aussteuerversicherungsverträge besäßen. Die hochgerechneten Stichprobenergebnisse gelten für die reichlich 18 Mill. Haushalte der Bundesrepublik ohne Berlin. Von diesen Haushalten hatte ein Viertel überhaupt nicht gespart, wenn man von dem Bargeldaufbewahren in der eigenen Wohnung absieht, das nicht erfaßt wurde. Die verbreitetste Geldanlage ist das Kontensparen: drei Fünftel aller Haushalte hatten mindestens ein Sparbuch. In zwei Fünfteln der Haushalte waren Lebensversicherungsverträge abgeschlossen worden. An dritter Stelle stehen die Bausparverträge; Bausparer waren in 12 % aller Haushalte anzutreffen. Aktienbesitzer gab es nur in 7 % der Haushalte. Genau 6 % waren im Besitz von Aussteuer- oder Ausbildungsversicherungsverträgen. Von je 100 der alleinlebenden Personen besaßen 35 überhaupt kein Sparvermögen. Nur ein Fünftel der Mehrpersonenhaushalte hatte überhaupt nicht gespart.

Feuerwehren 1963 Seite 283

Die Berufsfeuerwehren und die freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins wurden 1963 an 2 044 Brandstellen gerufen; darunter waren 12 % Großbrände, 20 % Mittelbrände und 68 % Klein- und Entstehungsbrände. Die Freiflächenbrände – darunter viele Schuttplatzbrände – machten 1963 41 % aller Schadenfeuer aus, 1962 nur 32 %. Der Anteil der Gebäudebrände sank dagegen von 60 % auf 52 %. Von den 1 065 Gebäudebränden 1963 waren 178 Großbrände. Sie haben überwiegend landwirtschaftliche Anwesen zerstört. Durch Gebäudebrände sind Schäden von 24 Mill. DM entstanden, davon entfielen 13 Mill. DM auf Gebäude der Landwirtschaft und des Gartenbaues. Die größten Schäden verursachten die Brände, die durch elektrische Anlagen ausgelöst wurden. – Die schleswig-holsteinischen Feuerwehren haben durch ihren Einsatz 1963 Schäden von 70 Mill. DM verhindern können.

Wahlberechtigte 1961 und 1965

Parteien und Kandidaten, die sich auf die nächste Bundestagswahl 1965 vorbereiten, sollten auch daran denken, daß sich Zahl und Zusammensetzung der in den Wählerverzeichnissen enthaltenen Wahlberechtigten zwischen 1961 und 1965 verändert haben werden. Es ist durchaus möglich, daß in einem Bundestagswahlkreis, in dem 1961 die Partei x die Wahl gewonnen hat, 1965 die Partei y gewinnen kann, nur weil sich durch Bevölkerungsverluste (Sterbefälle und Fortzüge) und -gewinne (Zuzüge) sowie durch das Hineinwachsen von Jugendlichen in das wahlpflichtige Alter inzwischen eine ganz andere Zusammensetzung der wahlberechtigten Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und politischer Neigung ergeben hat. Es ist bekannt und soll daher nicht weiter ausgeführt werden, daß es Parteien und Kandidaten gibt, die einzelne Bevölkerungsteile - z. B. junge Männer, ältere Frauen - besonders stark ansprechen. Außerdem gibt es Bevölkerungsgruppen, die bei jeder Wahl durch eine extrem niedrige oder hohe Wahlbeteiligung auffallen.

Für Schleswig-Holstein wurde nun versucht festzustellen, wie sich Zahl und Struktur der Wahlberechtigten von der Bundestagswahl 1961 bis zur Bundestagswahl 1965 voraussichtlich verändert haben werden¹. Darüber hinaus wurden von den jetzt insgesamt 11 schleswig-holsteinischen Bundestagswahlkreisen zwei, nämlich Lübeck (Wahlkreis 11) und Pinneberg (Wahlkreis 9), herausgegriffen und gesondert untersucht. Nur für diese beiden Wahlkreise war eine Einzeluntersuchung möglich, weil sie mit den entsprechenden administrativen Kreisen übereinstimmen.

Eine Vorhersage über die Wahlberechtigten 11 Monate vor dem Wahltag im September 1965 ist selbstverständlich mit Unsicherheiten behaftet. Dennoch dürfte es mit Hilfe der vorhandenen Grundzahlen aus der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik gelungen sein, die Abweichungen zwischen den vorausgerechneten und den zu erwartenden tatsächlichen Ergebnissen so klein zu halten, daß sie den Wert der folgenden Aussagen nicht entscheidend beeinträchtigen.

Bei der letzten Bundestagswahl 1961 wiesen die Wählerverzeichnisse in Schleswig-Holstein 1 626 000 Wahlberechtigte aus. Bei der Bundestagswahl 1965 werden es voraussichtlich fast 70 000 Wahlberechtigte, das sind 4%, mehr

sein als 1961. Daß eine Zuwachsrate von 4% nur für den Landesdurchschnitt gilt und wenig über die Verhältnisse in den einzelnen schleswig-holsteinischen Wahlkreisen auszusagen vermag, zeigen bereits die Ergebnisse für die beiden Bundestagswahlkreise Lübeck und Pinneberg. Der Wahlkreis Lübeck hatte 1961 rund 175 000 Wahlberechtigte und der Wahlkreis Pinneberg 150 000. In Lübeck, einem Wahlkreis mit einer ausgewogenen Wanderungsbewegung - die Zuzüge zwischen 1961 und 1965 entsprechen ungefähr den Fortzügen in den hier in Frage kommenden Altersgruppen - werden 1965 voraussichtlich 2% mehr Wahlberechtigte vorhanden sein als 1961. Ganz anders dagegen der Wahlkreis Pinneberg im Ring um Hamburg mit einer lebhaften Wanderung, bei der die Zuzüge die Fortzüge weit übersteigen. Hier wird es 1965 fast 13% mehr Wahlberechtigte geben als 1961.

Wie sieht es nun bei den einzelnen Wählergruppen aus? Da sind zunächst die jungen Menschen, die 1965 zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl zur Wahlurne gehen dürfen. 1965 wird es in Schleswig-Holstein voraussichtlich rund 155 000 Erstwähler geben. Das bedeutet, daß im Landesdurchschnitt jeder elfte Wahlberechtigte zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl entscheiden muß, ob er von seinem Wahlrecht Gebrauch machen und welcher Partei er den Vorzug geben will. Im Wahlkreis Lübeck wird vermutlich jeder zwölfte und im Wahlkreis Pinneberg jeder zehnte Wahlberechtigte ein Erstwähler sein.

Für die Parteien dürfte es nicht ohne Bedeutung sein, daß von den Erstwählern über die Hälfte Männer sein werden, und zwar sowohl im Landesdurchschnitt (55%) als auch in Lübeck (53%) und in Pinneberg (59%). Damit wird aber das Übergewicht der wahlberechtigten Frauen insgesamt - im Landesdurchschnitt waren 1961 55% aller Wahlberechtigten Frauen - nur geringfügig abgebaut.

Bis 1965 werden knapp 190 000 Wahlberechtigte nach Schleswig-Holstein zugezogen sein, die auch 1961 schon wahlberechtigt waren. Diese Wahlberechtigten sind aus einem anderen Bundesland nach Schleswig-Holstein gekommen. Für Lübeck muß mit knapp 30 000 zugezogenen Wahlberechtigten und für Pinneberg mit gut 40 000 gerechnet werden. Ein großer Teil der nach Pinneberg zugezogenen Wahlberechtigten kommt aus dem benachbarten Bundesland Hamburg. Die Zuwanderer sind allerdings nicht nur über die Landesgrenze gekommen,

¹) Teile des Landesergebnisses wurden bereits als "Blick auf morgen" in den Stat. Monatsh. S.-H., 1964, S. 238 (Oktober) veröffentlicht.

sondern auch aus anderen Bundestagswahlkreisen innerhalb Schleswig-Holsteins.

Nicht alle Wahlberechtigten, die 1961 in Schleswig-Holstein oder auch in Lübeck und Pinneberg in den Wählerverzeichnissen eingetragen waren, werden dort auch noch 1965 zu finden sein. Man rechnet damit, daß bis zum Zeitpunkt der nächsten Wahl 110 000 Wahlberechtigte verstorben und schätzungsweise 165 000 aus Schleswig-Holstein verzogen sein werden. Von den 1961 in Schleswig-Holstein vorhandenen Wahlberechtigten werden also 1965 etwa 17% nicht mehr in Schleswig-Holstein wählen. In Lübeck muß 1965 auf 22% der Wahlberechtigten von 1961 verzichtet werden und in Pinneberg sogar auf 27%. Von 100 Streichungen in den Wählerverzeichnissen entfallen dabei im Landesdurchschnitt 40 auf Gestorbene und 60 auf Fortgezogene. In Lübeck beträgt dieses Verhältnis 30 : 70, in Pinneberg aber 23 : 77.

Hinter einer so geringfügig erscheinenden Zunahme der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein zwischen 1961 und 1965 um 4% verbirgt sich eine tatsächliche Bewegung von 615 000 Wahlberechtigten, und zwar 340 000 Zugänge in den schleswig-holsteinischen Wählerverzeichnissen und 275 000 Streichungen. Das bedeutet, daß 1965 20% der 1 693 000 Wahlberechtigten zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt sein werden. Dieser Anteil setzt sich aus den Erstwählern und den Zugezogenen zusammen. Im Bundestagswahlkreis Lübeck werden 1965 23% der nicht ganz 180 000 Wahlberechtigten "neu" sein. Beachtenswert ist aber, daß in Pinneberg 1965 mehr als ein Drittel (35%) der rund 170 000 Wahlberechtigten zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl in Pinneberg dabei sein wird.

Da es für den Ausgang der Wahl in einem Kreis nicht ohne Bedeutung ist, wie sich die Wahlberechtigten, die zum ersten Mal 1965 in diesem Kreis wählen dürfen, zusammensetzen, wurde versucht, sie in Erstwähler

und in Zugewanderte, die bereits 1961 wahlberechtigt waren, aufzuteilen. Bei den Zugewanderten wurde noch danach unterschieden, ob sie von außerhalb Schleswig-Holsteins oder aus einem anderen Wahlkreis innerhalb Schleswig-Holsteins gekommen sind:

| | Von den Wahlberechtigten 1965 sind | | | |
|------------------------------|------------------------------------|------------|-------------------------------|-------------------------------|
| | Erstwähler und Zugewanderte | Erstwähler | Zugezogene von | |
| | | | außerhalb Schleswig-Holsteins | innerhalb Schleswig-Holsteins |
| Bundestagswahlkreis | | | | |
| Lübeck | 23 % | 8 % | 9 % | 6 % |
| Pinneberg | 35 % | 10 % | 20 % | 5 % |
| Schleswig-Holstein insgesamt | 20 % | 9 % | 11 % | |

Es ist gewagt, die für die untersuchten Bundestagswahlkreise Lübeck und Pinneberg gewonnenen Ergebnisse auf die übrigen 9 Wahlkreise Schleswig-Holsteins zu übertragen. Vermuten läßt sich nur, daß sich z. B. in dem hamburgnahen Wahlkreis 10 (Stormarn, Hzt. Lauenburg) die Streichungen und die Zugänge in den Wählerverzeichnissen zwischen 1961 und 1965 in ihren Relationen ähnlich verhalten werden wie im Wahlkreis Pinneberg. Die Entwicklung in den nördlichen Bundestagswahlkreisen unseres Landes wie z. B. im Wahlkreis 1 (Stadt Flensburg, Flensburg-Land) wird mehr der von Lübeck nahe kommen. Sicher ist aber, daß ein hoher Anteil von zu erwartenden neuen Wahlberechtigten in einem Wahlkreis die besondere Aufmerksamkeit der Parteien erforderlich macht. Denn es läßt sich nicht voraussagen, ob diese "Neuen" in ihren Verhaltensweisen (Wahlbeteiligung, bevorzugte Partei usw.) mit den eingesessenen Altwählern übereinstimmen werden. Wenn andererseits viele Hamburger Wahlberechtigte nach Pinneberg, also in die Verstärkungszone Hamburgs, ziehen, dann ist zu bedenken, daß sie sich in ihrem Wahlverhalten möglicherweise nicht mehr wesentlich von den dort schon ansässigen Wahlberechtigten unterscheiden.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

Die Arbeitsstätten des gewerblichen Verkehrs

Vorläufige Ergebnisse des Verkehrszensus 1962

Zum Verkehrszensus 1962, der auf Grund des Volkszählungsgesetzes vom 13. April 1961 durchgeführt wurde, liegen nunmehr die ersten Ergebnisse vor. Zum ersten Male in der amtlichen Statistik ist die Möglichkeit geschaffen, die Struktur der Betriebe und Unternehmen der Verkehrswirtschaft genauer zu untersuchen. Bisher beschränkten sich die Verkehrsstatistiken haupt-

sächlich darauf, den Bestand an Verkehrsmitteln sowie ihre Art festzuhalten, die Menge und Art der beförderten Güter zu ermitteln und die Verkehrsrichtungen der Güterströme zu beschreiben. Von den Institutionen der Verkehrswirtschaft (Betriebe und Unternehmen), deren Beschäftigten, den von ihnen ausgeübten verschiedenen gewerblichen Tätigkeiten, von ihrer Ausstattung

Arbeitsstätten der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
Beschäftigte und Verkehrsmittel nach Wirtschaftsgruppen

| | Verkehr und Nachrichten- übermittlung Insgesamt | davon | | | | | | |
|--|--|------------------|---------------------|--|--|------------------------------------|-----------------------------|---|
| | | Eisen- bahnen | Straßen- verkehr | Binnen- schiff- fahrt, -wasser- straßen und -häfen | See- und Küsten- schiff- fahrt, Seehäfen | Luft- fahrt, Flug- plätze | Deutsche Bundes- post | Spedition, Lagerei und Verkehrs- ver- mittlung |
| Arbeitsstätten | 5 064 | 201 | 2 313 | 296 | 717 | 10 | 1 405 | 122 |
| Beschäftigte | 50 924 | 13 490 | 11 322 | 917 | 5 766 | 390 | 17 103 | 1 936 |
| je Arbeitsstätte | 10,1 | 67,1 | 4,9 | 3,1 | 8,0 | 39,0 | 12,2 | 15,9 |
| darunter Arbeitsstätten mit | | | | | | | | |
| Kraftomnibussen u. Anhängern | 130 | 4 | 110 | — | 1 | — | 14 | 1 |
| Fahrzeuge | 1 185 | 46 | 980 | — | — | — | 149 | — |
| Sitz- und Stehplätze | 75 084 | 2 303 | 62 199 | — | — | — | 10 050 | — |
| Straßenfahrzeugen zur Lasten- beförderung | 1 950 | 8 | 1 822 | — | 7 | — | 77 | 36 |
| Motorfahrzeuge ¹⁾ | 4 783 | 14 | 3 904 | — | 24 | — | 638 | 203 |
| Anhänger | 3 067 | 12 | 2 744 | — | 12 | — | 151 | 148 |
| Ladekapazität zusammen in t | 43 536 | 130 | 39 972 | — | 105 | — | 1 182 | 2 147 |
| Binnenschiffen | 218 | 1 | 1 | 202 | 13 | — | — | 1 |
| Schiffe | 339 | 2 | — | 290 | 44 | — | — | — |
| Ladekapazität in t | 79 240 | — | — | 77 398 | 1 811 | — | — | — |
| Seeschiffen | 245 | 2 | 1 | 2 | 240 | — | — | — |
| Schiffe | 385 | 4 | — | — | 373 | — | — | — |
| Ladekapazität in t | 584 654 | — | — | — | 583 934 | — | — | — |

1) einschl. Sattel- und andere Straßenzugmaschinen

mit bestimmten Betriebseinrichtungen, die dem Verkehr dienen, über ihre Investitionen und anderes waren praktisch kaum Unterlagen vorhanden.

Der Verkehrszensus begnügt sich nicht allein mit der Erfassung der Institutionen des gewerblichen Verkehrs. Daneben sind auch gleichzeitig die Verkehrsfunktionen von Betrieben erfaßt worden, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb des Bereichs der der Verkehrswirtschaft liegt (z. B. Handelsunternehmen), die aber nebenbei entweder Werkverkehr oder gewerblichen Verkehr betreiben. In Schleswig-Holstein konnten Arbeitsstätten, die Werkverkehr mit Lastkraftwagen betreiben, aus besonderen Gründen nur zu einem geringen Teil einbezogen werden. Über den Werkverkehr kann deshalb nicht vollständig berichtet werden. Ausnahmen hiervon sind im Text ausdrücklich vermerkt. Die im folgenden behandelten Ergebnisse beziehen sich grundsätzlich nur auf Arbeitsstätten des gewerblichen Verkehrs, d. h. auf Arbeitsstätten, die ausschließlich oder überwiegend eine gewerbliche Tätigkeit der Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung der Systematik der Wirtschaftszweige ausüben.

Die Ergebnisse des Verkehrszensus 1962 fallen in zwei Teilen an: in einer Arbeitsstättendarstellung und in einer Unternehmensdarstellung. Erhebungseinheiten sind sowohl Arbeitsstätten wie auch Unternehmen. Diese Veröffentlichung befaßt sich nur mit der Darstellung von Arbeitsstätten des gewerblichen Verkehrs. Die Unternehmensdarstellung, für die auch die Angaben aus der Arbeitsstättendarstellung zusammengeführt werden müssen, folgt später, wenn die Ergebnisse hierzu vorliegen.

Insgesamt gab es am Stichtag, dem 28. 9. 1962, in Schleswig-Holstein 5 064 Arbeitsstätten der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In ihnen waren rund 51 000 Personen beschäftigt. Im Durchschnitt arbei-

teten etwa 10 Personen in einer Arbeitsstätte. Die Betriebe verfügten über 1 185 Kraftomnibusse und Anhänger, 7 850 Lastkraftwagen und Anhänger (ohne Kombinationskraftwagen), 339 Binnenschiffe und 385 Seeschiffe. Ferner waren in 119 Arbeitsstätten Gleisanschlüsse¹⁾, in 299 Arbeitsstätten Laderampen und in 276 Arbeitsstätten mechanisches Umschlaggerät (z. B. Uferkräne, Rollenbänder, Hubwagen) vorhanden.

Diese Gesamtzahlen geben nur einen sehr groben Überblick. Ihre Aussagefähigkeit wird dadurch stark eingeschränkt, daß es sich bei den Betrieben des gewerblichen Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung hinsichtlich der Art ihrer ausgeübten Wirtschaftstätigkeiten um sehr unterschiedliche örtliche Einheiten handelt, deren Struktur stark voneinander abweicht. Es befinden sich darunter z. B. Arbeitsstätten von unter staatlicher Regie geleiteten Großunternehmen, die auf dem Markte eine mehr oder weniger starke Monopolstellung haben, wie die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost; daneben sind kleine und kleinste Arbeitsstätten mit rechtlicher Selbständigkeit enthalten, die ihre Tätigkeit unter völlig anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen ausüben, z. B. die Partikuliäre der Binnenschifffahrt. Für eine nähere

¹⁾ ohne Angaben von Arbeitsstätten der Deutschen Bundesbahn, die fast ausnahmslos über Gleisanschlüsse verfügen

Betrachtung müssen deswegen die ausgeübten gewerblichen Tätigkeiten der einzelnen Betriebe berücksichtigt werden. Hierbei ist für den Verkehrszensus von Nachteil, daß sich die Zählung auf einen verhältnismäßig geringen Teil der Gesamtwirtschaft bezieht. Die Arbeitsstätten des gewerblichen Verkehrs (einschl. Nachrichtenübermittlung) machen an der Gesamtzahl aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten nur etwa 6% aus. Die Besetzungsziffern sind daher auf Landesebene verhältnismäßig gering.

Zunächst sei die Wirtschaftsgruppe der Eisenbahnen betrachtet. In den 201 erfaßten Arbeitsstätten dieser Gruppe waren 26% aller in der Abteilung 5 (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) beschäftigten Personen tätig. Dieser Anteil wird nur von der Wirtschaftsgruppe der "Deutschen Bundespost" mit 34% überschritten, während in den Betrieben des Straßenverkehrs 22% aller Beschäftigten arbeiteten. In den drei großen Gruppen Post, Bahn und Straßenverkehr sind somit 82% des gesamten Personals tätig. Die übrigen Gruppen kommen demgegenüber mit relativ wenig Beschäftigten aus.

Bei der Deutschen Bundesbahn wurden - abweichend von der sonst beim Verkehrszensus üblichen Erfassung der örtlichen Einheiten - nur die selbständigen Dienststellen als Arbeitsstätten erfaßt, zu denen noch häufig mehrere nachgeordnete unselbständige örtliche Einheiten gehören. Ferner sind in den Arbeitsstätten der Bundesbahn einige Großbetriebe enthalten, die zentrale Funktionen ausüben und die sehr viele Beschäftigte haben, so z. B. die Bundesbahnbetriebswerke und die Bundesbahnausbesserungswerke. Die Arbeitsstätten der Eisenbahnen sind daher mit den Arbeitsstätten der übrigen Wirtschaftsgruppen nur bedingt zu vergleichen. Auffallend ist ihre verhältnismäßig niedrige Zahl bei gleichzeitig hohem Beschäftigtenstand je Arbeitsstätte. Dies geht auf die dominierende Stellung der Deutschen Bundesbahn innerhalb dieser Wirtschaftsgruppe zurück.

Die nicht bundeseigenen Eisenbahnen dagegen unterhalten in Schleswig-Holstein 46 Arbeitsstätten, wobei auch nachgeordnete Dienststellen, sofern in ihnen mindestens eine Person beschäftigt ist, als Arbeitsstätten gelten. Ein Vergleich mit den 155 Arbeitsstätten in der DB ist also wegen der unterschiedlichen Erhebungseinheit nicht möglich. Einen gewissen Anhaltspunkt über den unterschiedlichen Umfang der Wirtschaftstätigkeit zwischen den nicht bundeseigenen Eisenbahnen und der DB in Schleswig-Holstein kann man sich an Hand der Beschäftigtenzahlen machen.

Die DB beschäftigte am 28. 9. 1962 in unserem Lande 12 855, die übrigen Eisenbahnen 635 Personen.

Eine Aussage über die von den Eisenbahnen unterhaltenen schienenengebundenen Verkehrsmittel ist für Schleswig-Holstein praktisch nicht möglich. Der Verkehrszensus erfaßt das rollende Material der Eisenbahnen wegen der großen Umlaufgeschwindigkeit der Fahrzeuge nicht in der Arbeitsstättendarstellung, sondern nur in der Unternehmensdarstellung. Da sich der Sitz der DB, aber auch einiger nichtbundeseigener Eisenbahnen außerhalb des Landes befindet, können Angaben hierüber auf Landesebene nicht gemacht werden.

Straßenfahrzeuge zur Personen- oder Lastenbeförderung sowie Binnenschiffe und Seeschiffe spielen im Verkehr der Eisenbahnunternehmen in Schleswig-Holstein nur eine untergeordnete Rolle, obgleich die Bedeutung der vorhandenen Seeschiffe für den Übersetzverkehr nach Dänemark im Zuge der Vogelfluglinie erheblich ist. Aus der Statistik geht allerdings nicht hervor, ob der Einfluß der DB im Straßenverkehr (insbesondere zur Lastenbeförderung) in Schleswig-Holstein tatsächlich so gering ist, wie dies durch die Ausstattung der Gruppe Eisenbahnen mit Verkehrsmitteln den Anschein hat. Es besteht die Möglichkeit, daß die DB ihre Transporte im Straßenverkehr in Schleswig-Holstein entweder durch beauftragte Firmen erledigen läßt oder der Fahrzeugeinsatz hierfür von außerhalb des Landes (z. B. Hamburg) erfolgt.

Die Wirtschaftsgruppe Straßenverkehr enthält die größte Zahl von Arbeitsstätten, die innerhalb einer Gruppe erfaßt wurden. Von den 5 064 Arbeitsstätten der Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung entfallen allein 2 313 auf diese Gruppe, das sind 46% aller erfaßten Arbeitsstätten des gewerblichen Verkehrs. Eine Gliederung der Straßenverkehrsbetriebe nach Beschäftigtengrößenklassen ergibt folgendes Bild:

Arbeitsstätten der Wirtschaftsgruppe Straßenverkehr,
Beschäftigte und Straßenfahrzeuge
nach Beschäftigtengrößenklassen

| Beschäftigten- größenklasse | Arbeits- stätten | Beschäft- igte | Omnibusse und Omnibus- anhänger | Straßen- fahrzeuge zur Lasten- beförderung ¹ (einschl. Anhänger) |
|--------------------------------|---------------------|-------------------|--|--|
| 1 - 2 | 1 365 | 1 932 | 18 | 1 973 |
| 3 - 9 | 773 | 3 547 | 186 | 2 822 |
| 10 - 49 | 158 | 2 774 | 308 | 1 633 |
| 50 - 99 | 11 | 713 | 154 | 207 |
| 100 und mehr | 6 | 2 356 | 314 | 13 |
| Insgesamt | 2 313 | 11 322 | 980 | 6 648 |

¹⁾ einschl. Sattel- und andere Straßenzugmaschinen

Der Kleinbetrieb herrscht im Straßenverkehr vor. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsstätten dieser Gruppe haben nur 1 oder 2 Beschäftigte. Im wesentlichen handelt es sich bei den Kleinbetrieben um Firmen, die Güterbeförderung mit Lastkraftfahrzeugen im Nahverkehr betreiben. Daneben zählen zu den typischen Kleinbetrieben des gewerblichen Straßenverkehrs auch die Taxi- und Mietwagenunternehmen, letztere aber nur, wenn sie vom Vermieter oder dessen Beschäftigten selbst gesteuert werden. Arbeitsstätten, die ausschließlich oder überwiegend Autovermietung an Selbstfahrer betreiben, wurden vom Verkehrszensus nicht erfaßt. Ihre wirtschaftliche Tätigkeit trägt überwiegend Dienstleistungscharakter.

Von den 2 313 erfaßten Arbeitsstätten unterhalten nur 1 932 Kraftomnibusse oder Lastkraftwagen oder deren Anhänger. Die verbleibende Differenz dürfte sich hauptsächlich aus Betrieben zusammensetzen, die ausschließlich über Personenkraftwagen für den gewerblichen Verkehr verfügen oder über Kombinationskraftwagen, die im Verkehrszensus stets zu den Personenwagen gerechnet werden. Auch das Pferdegespann ist in Schleswig-Holstein als Transportmittel für gewerbliche Zwecke noch nicht ausgestorben. Es wurden durch den Verkehrszensus noch 99 Arbeitsstätten ermittelt, die ausschließlich oder überwiegend Güter- oder Personenbeförderung mit Gespannfahrzeugen betreiben.

Die Kleinbetriebe mit 1 - 2 Beschäftigten vereinigen zwar die größte Zahl der Arbeitsstätten des Straßenverkehrs auf sich, ihre Leistungsfähigkeit ist jedoch nicht die größte. In dieser Hinsicht stehen die Arbeitsstätten mit 3 - 9 Beschäftigten an erster Stelle. Sie unterhalten die meisten Beschäftigten und die meisten Fahrzeuge. Sie verfügen auch über die größte Ladekapazität der Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung. Die großen und sehr großen Betriebe verfügen demgegenüber nur über relativ wenig Lastkraftwagen, aber mehr Kraftomnibusse. Sie beschäftigen sich also vorwiegend mit der Personenbeförderung.

Hervor tritt die hohe Beschäftigtenzahl im Verhältnis zu den vorhandenen Straßenfahrzeugen in Arbeitsstätten mit 100 und mehr Beschäftigten. Hierbei handelt es sich zum Teil um Arbeitsstätten, die Straßenbahnverkehr betreiben. Die Schienenfahrzeuge im Straßenverkehr sind aber in der Tabelle nicht enthalten. Ferner ist der im Verhältnis zum Lastfuhrbetrieb große Personalbedarf dieser Arbeitsstätten zu berücksichtigen, der sich aus der Natur des Personenverkehrs ergibt. So müssen z. B. im Straßenbahnverkehr Gleisanlagen unterhalten werden, es wird

Begleitpersonal zum Kassieren benötigt und es fällt mehr Verwaltungsarbeit an.

Einen detaillierten Überblick über die hauptsächlich ausgeübten gewerblichen Tätigkeiten gibt die Aufgliederung nach Wirtschaftsklassen. Die Arbeitsstätten der Gruppe Straßenverkehr verteilen sich danach wie folgt:

| | |
|---|----------------------|
| Straßenbahn- und O-Busverkehr | 8 Arbeitsstätten |
| Personenbeförderung mit Omnibussen im Orts- und Nachbarortsverkehr | 31 " |
| Personenbeförderung mit Omnibussen im Überland-Linienverkehr | 36 " |
| Personenbeförderung mit Omnibussen im Überland-Gelegenheitsverkehr | 27 " |
| Personenbeförderung mit Personenkraftwagen | 404 " |
| Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (ohne Möbeltransport) | 1 410 " |
| Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen im Fernverkehr (ohne Möbeltransport) | 261 " |
| Möbeltransport mit Kraftfahrzeugen | 37 " |
| Güter- oder Personenbeförderung mit Gespannfahrzeugen | 99 " |
| Insgesamt | 2 313 Arbeitsstätten |

Der Güterverkehr in den Arbeitsstätten überwiegt den Personenverkehr bei weitem. Läßt man die Wirtschaftsklasse Verkehr mit Gespannfahrzeugen außer Ansatz, für die eine Aufteilung nach Güter- und Personenbeförderung nicht möglich ist, so betreiben 77% aller Arbeitsstätten der Gruppe Straßenverkehr Güterbeförderung und 23% Personenbeförderung. Es sei in diesem Zusammenhang betont, daß es sich bei den oben genannten Arbeitsstätten nur um solche handelt, die ausschließlich oder überwiegend eine dieser Tätigkeiten gewerblich betreiben (Schwerpunktprinzip). Da es außerdem noch eine Vielzahl von Arbeitsstätten gibt, die nebenbei eine der genannten Tätigkeiten ausüben, nicht aber mit ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt, kann die Zahl der Betriebe, in denen überhaupt gewerblicher Straßenverkehr betrieben wird, nicht mit den Ergebnissen aus der oben dargestellten Aufgliederung nach Wirtschaftsklassen übereinstimmen.

Die Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung in den Arbeitsstätten der Wirtschaftsgruppe Straßenverkehr (insgesamt 6 648) setzen sich zu 59% aus Motorfahrzeugen (einschl. Zugmaschinen) und zu 41% aus Anhängern zusammen. Insgesamt beträgt ihre Ladekapazität rund 40 000 t (vgl. die erste Tabelle). Unter den 3 904 Motorfahrzeugen befanden sich 2 870 Lastkraftwagen mit offenem Aufbau, 408 Sattel- und andere Straßenzugmaschinen, 374 Kübel-, Kessel-, Isolier-, Silo- und

Sonderfahrzeuge und 252 Lkw mit geschlossenem Koffer oder Kasten. Die Zahl der Anhänger ist zwar kleiner als die der Motorfahrzeuge, ihre Ladekapazität ist insgesamt jedoch größer. Klammert man die 408 Zugmaschinen aus, für die keine Angaben zur Ladekapazität gemacht wurden, so ergibt sich für die Motorfahrzeuge zur Lastenbeförderung eine durchschnittliche Ladekapazität von ca. 5,1 t und für die Anhänger von ca. 7,9 t.

In der Wirtschaftsgruppe Binnenschifffahrt, Binnenwasserstraßen und -häfen wurden vom Verkehrszensus 296 Arbeitsstätten erfaßt. Im Gegensatz zur allgemeinen Arbeitsstättenzählung, in der jedes ständig bemannte Schiff eine Arbeitsstätte bildete, sind im Verkehrszensus die Binnen- und Seeschiffe wie alle anderen Fahrzeuge behandelt worden; d. h., sie sind Verkehrsmittel, die zu einer Arbeitsstätte auf dem Festland gehören (z. B. zu einer Reederei). Eine Arbeitsstätte kann demnach über mehrere Binnen- oder Seeschiffe verfügen. Für die Abgrenzung zwischen Binnenschifffahrt und Seeschifffahrt war nicht der Verwendungszweck der Schiffe auf bestimmten Gewässern maßgebend, sondern die Eintragung der Schiffe in das Schiffsregister.

In der Gruppe Binnenschifffahrt sind neben den Betrieben, die der Güter- oder Personenbeförderungen dienen, auch Binnenhafenverwaltungen enthalten, sämtliche Hafenbetriebe (z. B. Umschlagsbetriebe, Stauereien, Festmachereien) und die Binnenlotsen. Nach Wirtschaftsklassen gegliedert ergibt sich folgendes Bild:

| | |
|---|---------------------------|
| Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt | 5 Arbeitsstätten |
| Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt | 183 " |
| Fluß- und Kanalfähren sowie Hafenschifffahrt | 16 " |
| Binnenhafenverwaltungen | 14 " |
| Binnenhafenbetriebe (z. B. Stauerei, Umschlag- betrieb), Binnenlotsen | 78 " |
| Insgesamt | 296 Arbeitsstätten |

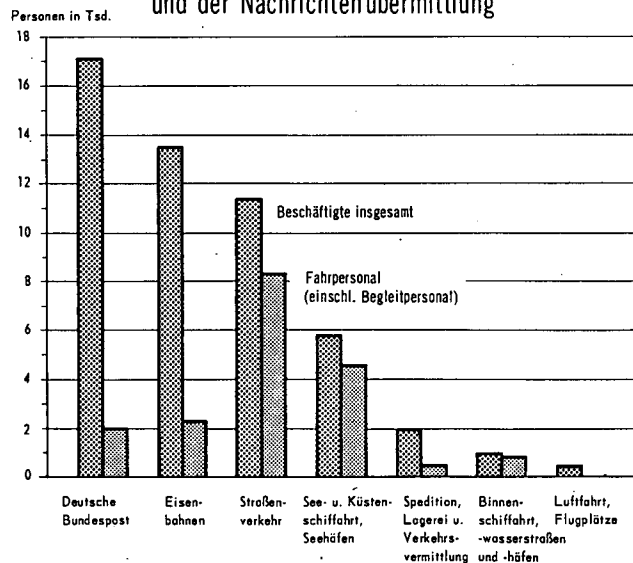
In den Arbeitsstätten zusammen waren am Stichtag nur 917 Personen beschäftigt. Das entspricht etwa 3 Beschäftigten je Arbeitsstätte. Es herrscht also in der Binnenschifffahrt der Kleinbetrieb vor. Dies ist insbesondere auf die vielen Privatschiffer (Partikuliere) zurückzuführen, die in der am stärksten besetzten Wirtschaftsklasse überwiegend enthalten sind. Diese für die Binnenschifffahrt typischen Arbeitsstätten verfügen kaum über Büros an Land und kommen deswegen mit

sehr wenig Beschäftigten aus. Häufig sind die Eigentümer zugleich auch Schiffsführer.

Infolgedessen ist der Anteil des Fahr- und Begleitpersonals an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Binnenschifffahrt besonders hoch, er beträgt 85% aller Beschäftigten. Dies ist der höchste Prozentsatz an Fahrpersonal, der von einer der 7 ausgewiesenen Wirtschaftsgruppen erreicht wird. Die Binnenschifffahrt ist verhältnismäßig wenig mit Aufgaben belastet, die nicht direkt dem Transport dienen.

D 3454

Beschäftigte und Fahrpersonal in den Arbeitsstätten des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung



In den übrigen Wirtschaftsgruppen liegt der Anteil des Fahrpersonals am Gesamtpersonal zum Teilerheblich niedriger. Die Beschäftigten in Betrieben der Bundesbahn und Bundespost sind größtenteils nicht als Fahrpersonal eingesetzt. Sie haben häufig Aufgaben zu vollbringen, die unmittelbar mit dem Transport von Gütern oder Personen oder Nachrichten nichts zu tun haben. In Großbetrieben entstehen zwangsläufig durch die Arbeitsteilung Aufgabenbereiche, für die in Kleinbetrieben besonderes Personal einzusetzen sich nicht rentiert. Diese Aufgaben werden im Kleinbetrieb häufig vom Fahrpersonal mitübernommen.

Von den Arbeitsstätten der Binnenschifffahrt in Schleswig-Holstein wurden 290 Binnen-schiffe unterhalten. Darunter waren 207 Motorgüterschiffe mit eigener Triebkraft, 13 Kähne, 29 Fahrgastschiffe und reine Personenfähren und 41 sonstige Binnenschiffe ohne Laderaum (Schlepp-, Schub- und Bugsierboote, Barkassen u. a.). Rund vier Fünftel der Binnen- und Hafenschiffe mit Laderaum hatten eine Ladekapazität unter 600 t, die

restlichen 19% zwischen 600 t und 1 400 t. Schiffe mit höherer Ladekapazität gibt es in Schleswig-Holstein nicht.

Die Zahl der Arbeitsstätten der See- und Küstenschiffahrt einschl. Seehäfen (717 Betriebe mit 5 766 Beschäftigten) wird stark durch die große Zahl der Seelotsen beeinflusst, von denen jeder selbständige im Verkehrszensus als Inhaber einer Arbeitsstätte behandelt wurde. Die Güter- oder Personenbeförderung wird von den Arbeitsstätten dieser Wirtschaftsgruppe in Schleswig-Holstein überwiegend in Küstengewässern betrieben. Arbeitsstätten, die ausschließlich die Beförderung über See betreiben, treten demgegenüber stark in den Hintergrund. Im einzelnen ergibt sich in der Aufgliederung nach Wirtschaftsklassen folgendes Bild:

| | |
|--|---------------------------|
| Güter und Personenbeförderung über See | 32 Arbeitsstätten |
| Güter und Personenbeförderung in Küstengewässern | 209 " |
| Bugsier- und Bergungsschiffahrt | 3 " |
| Seehafenverwaltungen | 77 " |
| Sonstige Seehafenbetriebe (einschl. Seelotsen) | 396 " |
| Insgesamt | 717 Arbeitsstätten |

Da die 383 Seelotsenbetriebe und die 77 Hafenverwaltungen kaum Schiffe unterhalten, gibt es in Schleswig-Holstein nur 240 Betriebe, die zur Wirtschaftsgruppe See- und Küstenschiffahrt gehören und tatsächlich auch über Seeschiffe verfügen. Von ihnen werden 373 Seeschiffe unterhalten mit einer Ladekapazität von zusammen rund 584 000 t. Hiervon gehört der überwiegende Teil der Schiffe zu kleineren und mittleren Betrieben mit bis zu 50 Beschäftigten, während der größte Teil der Ladekapazität sich überwiegend auf die Großbetriebe

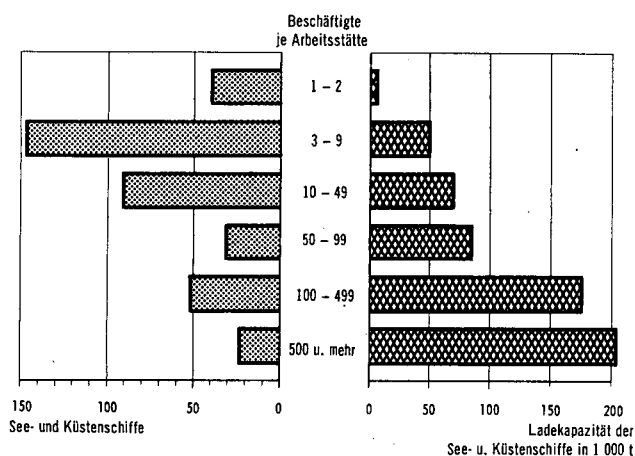
konzentriert. Unter den Kleinbetrieben sind teilweise Betriebe mit nur 1 - 2 Beschäftigten, die besonders den Transport von Gütern oder Personen zwischen der schleswig-holsteinischen Westküste und den nordfriesischen Inseln besorgen. Von den Seeschiffen dienten 319 der Güterbeförderung und 36 der Personenbeförderung; außerdem wurden 18 sonstige Seeschiffe erfaßt. Die Seeschiffe zur Güterbeförderung waren fast ausschließlich reine Trockenladungsschiffe.

Über Arbeitsstätten, die Binnen- oder Seeschiffe unterhalten, liegen auch Angaben aus dem Werkverkehr vor. Besonders ausgeprägt ist in Schleswig-Holstein der Werkverkehr mit Binnenschiffen, der von 75 Arbeitsstätten ausgeführt wird. Diese Arbeitsstätten unterhielten 450 Schiffe; das sind mehr als im gewerblichen Verkehr erfaßt wurden. Mehr als die Hälfte dieser Schiffe sind Schuten und Leichter. Sie werden hauptsächlich von Verbänden der Wasserwirtschaft für Landbefestigungsarbeiten und andere Zwecke eingesetzt. Daneben werden Schuten und Leichter vorwiegend auch von Betrieben benötigt, die die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden betreiben (z. B. Zementfabriken), und von Schiffbaubetrieben.

An Flugplätzen und Luftfahrtbetrieben wurden in Schleswig-Holstein 10 Arbeitsstätten gezählt. Hiervon sind 9 Flugplatzbetriebe der zivilen Luftfahrt, die dem allgemeinen Motorflugverkehr offenstehen, und eine Arbeitsstätte eines Luftfahrtunternehmens. Bei den Flugplätzen handelt es sich ausschließlich um kleinere Plätze, die überwiegend dem nichtgewerblichen Verkehr (Sport- und Ausbildungsverkehr) dienen. Plätze, auf denen die modernen Großflugzeuge der zivilen Luftfahrt landen können, sind in Schleswig-Holstein nicht vorhanden. Es gibt auch keinen Fluglinienverkehr. Der Passagierverkehr wird ausschließlich mit kleineren Maschinen durchgeführt, die nur bei Bedarf eingesetzt werden.

D 3455

Seeschiffe und Ladekapazität nach Beschäftigtengrößenklassen (nur gewerblicher Verkehr)



Die Deutsche Bundespost stellt innerhalb der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung die größte Wirtschaftsgruppe, wenn man die Zahl der Beschäftigten zugrunde legt. In den 1 405 Arbeitsstätten der Post in Schleswig-Holstein arbeiteten am 28. 9. 1962 17 103 Beschäftigte. Hiervon waren nur 12% als Fahr- oder Begleitpersonal von Fahrzeugen direkt zur Beförderung von Gütern oder Nachrichten oder Personen mit Fahrzeugen zur Lastenbeförderung oder Omnibussen eingesetzt. Die übrigen Beschäftigten waren entweder in der Nachrichtenübermittlung auf dem Funk- oder Kabelwege tätig, verrichteten Hilfsfunktionen für die Nachrichtenübermitt-

lung, arbeiteten in zentralen Verwaltungsdienststellen oder übten eine der sehr vielen sonstigen Funktionen aus, die zum Aufgabenbereich der Post gehören. Der Fahrzeugbestand ist dementsprechend nicht allzu groß, insbesondere auch die Ladekapazität der Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung. Es wurden 638 Lastkraft- oder Lieferwagen unterhalten und 151 Anhänger zur Lastenbeförderung. Die Ladekapazität dieser Fahrzeuge erreichte knapp 1 200 t, was einer durchschnittlichen Ladefähigkeit von 1,5 t je Fahrzeug entspricht. Für den Passagierverkehr standen am Stichtag 149 Omnibusse zur Verfügung.

Bei den Arbeitsstätten der Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung handelt es sich um eine verhältnismäßig kleine Wirtschaftsgruppe und überwiegend um Betriebe mit mittleren Beschäftigtenzahlen. Nur 20% der Arbeitsstätten hatten weniger als 3 Beschäftigte. Der größte Teil der Betriebe ist im Speditionsgeschäft tätig, d. h. die Betriebe befördern Güter durch Frachtführer im eigenen Namen auf Rechnung des Versenders. Die Grenze zwischen Speditionsbetrieben in diesem Sinne und Lastfuhrbetrieben ist flüssig, da recht häufig der Spediteur durch Selbsteintritt als Frachtführer gleichzeitig Güterbeförderung mit Lastkraftwagen betreibt. Hierdurch kann

sich sehr schnell der wirtschaftliche Schwerpunkt einer Arbeitsstätte verändern. Reine Speditionsbetriebe wurden nur sehr selten festgestellt.

Daneben gehören zu den Betrieben dieser Wirtschaftsgruppe die gewerblichen Lagereien, Schiffsmaklerbüros und Reisebüros. Folgende Zahlen von Arbeitsstätten wurden ermittelt:

| | |
|-------------------------------|--------------------|
| Spedition | 54 Arbeitsstätten |
| Lagerei (einschl. Kühlhäuser) | 22 " |
| Schiffsmaklerbüros | 21 " |
| Reiseveranstaltung | 4 " |
| Reisevermittlung | 21 " |
| Insgesamt | 122 Arbeitsstätten |

Ein erheblicher Teil der Betriebe (vor allem Reisebüros) kommen ohne Verkehrsmittel aus. Die direkte Beförderung von Gütern oder Personen gehört größtenteils nicht zum Aufgabengebiet der in dieser Wirtschaftsgruppe zusammengefaßten Arbeitsstätten.

Weitere Ergebnisse, insbesondere Angaben aus dem Rechnungswesen der Unternehmen, werden später veröffentlicht. Hierzu liegen Zahlen z. Z. noch nicht vor.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Die Lohnerhebungen der EWG 1959, 1960 und 1961

Die Erhebungen

Im EWG-Vertrag vom 25. 3. 1957 haben sich die sechs Mitgliedstaaten verpflichtet, die Wettbewerbsbedingungen der Unternehmer und der Arbeitnehmer zu harmonisieren. Um integrierende Anordnungen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet treffen zu können, mußte sich der Rat der EWG zunächst über den Stand der Arbeitskosten und -einkommen informieren. Er konnte hierzu nicht auf die nationalen Kosten- und Verdienststatistiken zurückgreifen, da sie infolge der Verschiedenartigkeit ihrer Erhebungsmethoden für internationale Vergleiche ungeeignet sind. Er hat daher selbst Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten mit einheitlichen Begriffen angeordnet, deren drei erste über die Situation der Jahre 1959, 1960 und 1961 in 35 ausgewählten Industriezweigen berichten¹.

¹) siehe auch: Statistisches Bundesamt "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen", Reihe 15

Die Wirtschafts- und Sozialordnungen der EWG-Staaten mit ihren bodenständigen Ausgangspunkten und Entwicklungen haben zu einer sehr unterschiedlichen Kosten- und Einkommenstruktur in den Betrieben und bei den Arbeitnehmern geführt. Es waren deshalb nicht nur die bereinigten Arbeitskosten bzw. -einkommen oder der Direktlohn, wie es in den EWG-Erhebungen heißt, zu erfassen, sondern auch die Lohnnebenkosten.

Zu ihnen gehören Leistungen des Arbeitgebers wie Urlaubs- und Feiertagsbezahlung, Gehalts- und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gesetzliche, tarifliche und freiwillige Leistungen zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, zur Pensions- und Unfallversicherung, sowie Familienzulagen und Zuwendungen aus besonderen Anlässen, Prämien, Gratifikationen und Gewinn- oder Ertragsbeteiligungen, Naturalleistungen (Deputate, Wohnung, Miete und Zuschüsse hierzu), Aufwendungen zur Mutterschaftsfürsorge und für Schwerbeschä-

digte, Kosten der Neueinstellung und Berufsausbildung, Verpflegungs- und Kantinenzuschüsse, Kosten für das Personal der Sozialdienste (z. B. Werkarzt) und für die Betriebsfürsorge (Bücherei, Schwimmbad, Erholungsheime) sowie in Frankreich und Italien noch Steuern "sozialer Art" sowie Arbeitgeberbeiträge zum Wohnungsbaufonds.

Der Direktlohn (Zeit-, Akkord-, Leistungslöhne, Zuschläge für Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit, Schmutz- und Gefahrenzulagen usw.) ist in allen Teilen Entgelt für geleistete Arbeit und stellt gleichzeitig Arbeitseinkommen dar. Anders die Lohnnebenkosten; soweit die vielfältigen Leistungen der Unternehmen zum Zwecke einer zusätzlichen sozialen Sicherung der Arbeitnehmer erbracht werden, werden sie allgemein als Arbeitseinkommen angesehen. Nicht dazu zählen dagegen u. a. die Kosten des Lohnbüros, Aufwendungen für Sicherheit am Arbeitsplatz (Unfallversicherung), Spesenersatz. Zwischen diesen klaren Fällen von Kostenarten gibt es noch solche, die sich einer genauen Definition entziehen und bei denen die Auffassungen hinsichtlich ihres Einkommenscharakters auseinandergehen. Das sind die Leistungen des Arbeitgebers, die nur von einzelnen Arbeitnehmern unter bestimmten Voraussetzungen in Anspruch genommen werden, wie etwa die Aufwendungen für Wohnstätten, Werkskindergarten, Neueinstellung und Berufsausbildung. Hier treten die Schwierigkeiten und Nachteile einer kombinierten Kosten- und Einkommenserhebung klar zutage; insofern sich nämlich die Begriffe Kosten und Einkommen nicht decken, muß es dem einzelnen Benutzer der Statistik überlassen bleiben, welche Aufwandsarten er in seine Betrachtungen über das Arbeitnehmer-einkommen einbeziehen will.

Infolge Erfassung von nur 35 Industriezweigen fehlen Daten für die Energiewirtschaft, den Hoch- und Tiefbau, über Handel, Kreditinstitute und das Versicherungs- und Dienstleistungsgewerbe. Von dem großen Bereich des verarbeitenden Gewerbes wurde nur etwas mehr als die Hälfte der Industriegruppen erfaßt. Es geht also nicht an, die Ergebnisse als allgemeingültig für Industrie oder gewerbliche Wirtschaft schlechthin zu verwerten. Auch die Beschränkung auf Unternehmen mit 50 (bzw. 20) und mehr Beschäftigten, die die kleineren Unternehmen ausschließt, deren Anteil an der Gesamtzahl in den Mitgliedstaaten verschieden hoch ist, schließt eine generalisierende Verwendung der Ergebnisse aus.

Auch für die in Schleswig-Holstein anfallenden Ergebnisse gelten die Vorbehalte, die sich aus der derzeitigen beschränkten Erhebungsqualität ergeben; insbesondere können die gewonnenen

absoluten Zahlen nicht oder nicht ohne weiteres mit den Ergebnissen der Verdiensterhebung in Industrie und Handel verglichen werden. Dagegen bilden sie in dem erfaßten Bereich das neueste Material, das Auskunft über das Verhältnis von Direktlohn und Lohnnebenkosten sowie über die Struktur der Lohnnebenkosten und das Verhältnis der Lohnnebenkostenarten zueinander gibt.

Die Ergebnisse für Schleswig-Holstein

Von den erfaßten 35 Industriezweigen waren in Schleswig-Holstein nur 27 mit 3 und mehr Unternehmen besetzt; die Ergebnisse der übrigen 8, nämlich der Zuckerindustrie, Baumwollspinnerei, Chemiefaserherstellung, Gummiverarbeitung, der Nahrungsmittelindustrie, der Sperrholzindustrie, des Werkzeugmaschinen- und des Luftfahrzeugbaues, können wegen der Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht werden.

EWG-Erhebungen über die Arbeitskosten
in Schleswig-Holstein¹⁾

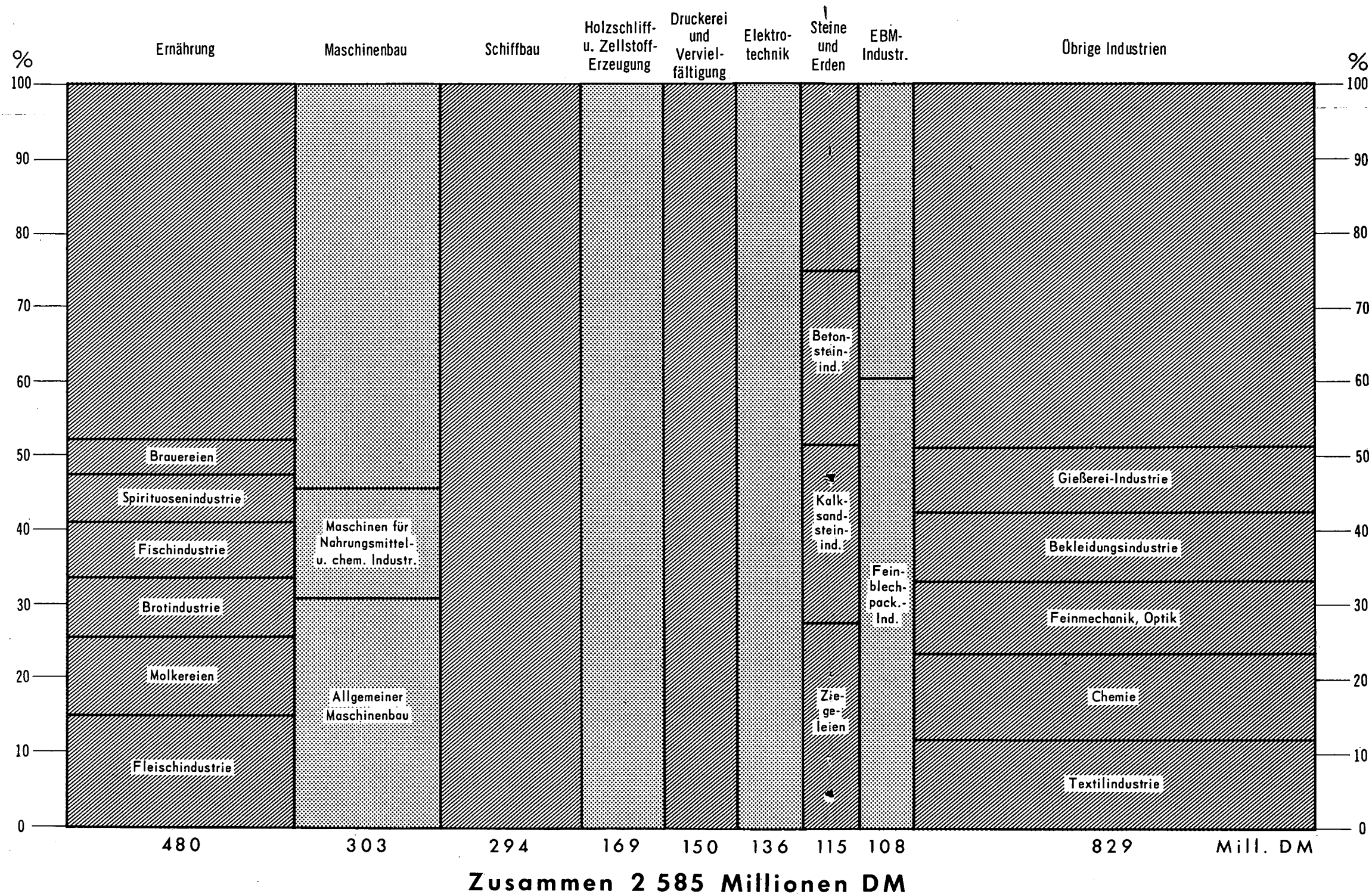
| | Erhebung für | | |
|--|--------------|-------|--------|
| | 1959 | 1960 | 1961 |
| Erfaßte Industriezweige | | | |
| einbezogene | 14 | 8 | 13 |
| veröffentlichte | 9 | 6 | 12 |
| Erfaßte Unternehmen | | | |
| einbezogene | 84 | 38 | 129 |
| veröffentlichte | 76 | 36 | 129 |
| Darin vorhandene | | | |
| erfaßte Arbeiter (einschl. Lehrlinge) | 46 218 | 7 807 | 21 946 |
| erfaßte Angestellte (einschl. Lehrlinge) | 7 914 | 1 877 | 4 858 |
| zusammen | 53 932 | 9 684 | 26 804 |
| in % des Bundesergebnisses | 2,9 | 2,0 | 2,7 |

1) in Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten

In den 27 ausgewiesenen Industriezweigen wurden 1959 84, 1960 38 und 1961 129 Unternehmen mit zusammen 76 000 Arbeitern und 14 400 Angestellten einschl. der Lehrlinge erfaßt. Die Angestellten bildeten somit 16% aller erfaßten Arbeitnehmer. Wie sich bei der Berechnung für 16 Industriezweige, die im Industriebericht und in der vorliegenden Statistik gleich abgegrenzt sind, zeigte, sind durch die EWG-Erhebungen ungefähr 78% aller Arbeitnehmer in den ausgewiesenen Industriezweigen erfaßt worden; die übrigen befanden sich in den Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten. Die in Schleswig-Holstein erfaßten Arbeiter bildeten 2,7%, die Angestellten 2,1% der am Bundesergebnis beteiligten Arbeitnehmer; das Gewicht der schleswig-holsteinischen Anteile konnte sich also nicht nachhaltig auf das Bundesergebnis auswirken.

NETTO-PRODUKTIONSWERT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN INDUSTRIEUNTERNEHMEN 1962

(nach Ergebnissen des Industriezensus 1963)



Die Gesamtleistung (Umsatz plus Eigenleistungen) vermindert um den Materialverbrauch ergibt den Nettoproduktionswert. Er belief sich im Jahre 1962 auf rund 2,6 Mrd. DM, oder knapp 17 600 DM je Beschäftigten. Mit durchschnittlich 7 400 DM je Arbeitnehmer machten Löhne und Gehälter gut 40% des Nettoproduktionswertes aus. Aus dem Rest mußten weitere Kosten wie Abschreibungen, Steuern, Zinsen usw. gedeckt werden. In diesen Grenzen liegt am Ende auch der Gewinn.

Aus der Darstellung, die Unternehmens- nicht Betriebsergebnisse bringt, geht hervor, daß die Unternehmen der Ernährungsindustrie mit 480 Mill. DM nicht ganz ein Fünftel der gesamten Nettoleistung erbringen. An zweiter Stelle rangieren die Unternehmen des Maschinenbaus (303 Mill. DM), dicht gefolgt vom Schiffbau (294 Mill. DM). Unter den hier als "Übrige Industrie" zusammengefaßten Gruppen ist die Textilindustrie und die chemische Industrie mit jeweils knapp 100 Mill. DM Nettoleistung noch besonders zu erwähnen.

Die Anteile der wichtigsten Zweige jeder Gruppe sind an der senkrechten Skala abzulesen.

Die Angaben über Arbeitsverdienste und über Arbeitszeiten beziehen sich nicht auf Lehrlinge, Anlernlinge, Beschäftigte im Sozialdienst und solche, die überwiegend oder ausschließlich mit der Berufsausbildung oder Neueinstellung von Personal betraut waren; für diese Kräfte anfallende Aufwendungen wurden der entsprechenden Art von Nebenkosten für die anderen Beschäftigten zugeordnet.

Die von den erfaßten schleswig-holsteinischen Arbeitern durchschnittlich im Jahr geleisteten Arbeitsstunden einschl. der Überstunden machten 2,7% der lt. Bundesergebnis geleisteten Arbeitsstunden aus; ihr Anteil entspricht damit dem der schleswig-holsteinischen Arbeiter am Bundesergebnis. Weit an der Spitze der je Arbeiter und Jahr geleisteten Arbeitsstunden stand die Obst- und Gemüsekonservenindustrie mit 2 448 Stunden, gefolgt von der Glasherstellung mit 2 239 Stunden und der Brauerei und Mälzerei mit 2 222 Stunden. Die geringste Stundenzahl hatte die Bekleidungsindustrie mit 1 734 Stunden. Im Bundesgebiet lagen die Verhältnisse ähnlich; hier erreichte die Bekleidungsindustrie 1 777 Stunden je Arbeiter und Jahr, während die längste Arbeitszeit die Zuckerindustrie mit 2 461 Stunden hatte.

Für Löhne, Gehälter und Lohnnebenkosten wurden in den drei Erhebungsjahren insgesamt 636 Mill. DM gezahlt. Die Höhe der Gesamtaufwendungen war in den einzelnen Industriezweigen sehr unterschiedlich, je nach Produktionsart und -verfahren, nach Schwierigkeit und Schwere der Arbeit, nach der Qualifikation der Arbeitskräfte, nach der Arbeitszeit, der Tarifgestaltung usw. Naturgemäß machte der Direktlohn (Entgelt für geleistete Arbeit) den weitaus größten Teil aller Arbeitskosten aus: an Entgelt für Direktlohn und -gehalt wurden von den Unternehmen 459 Mill. DM, an Lohnnebenkosten weitere 177 Mill. DM aufgewandt.

Je Arbeitnehmer und Jahr wurden im Durchschnitt aller ausgewiesenen Industriezweige und Jahre insgesamt 7 500 DM gezahlt.² Davon waren 5 400 DM (= 72%) Entgelt für geleistete Arbeit und 2 100 DM (= 28%) Lohnnebenkosten. D. h. von 100 DM Arbeitskosten entfielen durchschnittlich in Schleswig-Holstein bei Arbeitern und Angestellten zusammen 72 DM auf Direktlohn und 28 DM auf Lohnnebenkosten. Die Obergrenze des Direktlohnes lag bei rund 79 DM in der Herstellung von Glas, die Untergrenze in der Papiererzeugung bei 56 DM; die

Nebenkosten reichten in Schleswig-Holstein dementsprechend von 21 DM bis 44 DM. Im Bundesgebiet lagen die höchsten und niedrigsten Werte für Direktlohn bei 76 DM in der Holz- und Möbelindustrie und bei 60 DM in der chemischen Industrie.

Geht man von 100 DM Direktlohn aus, kamen rund 39 DM Lohnnebenkosten dazu; sie waren in Schleswig-Holstein niedriger als im Bundesgebiet mit durchschnittlich 45 DM, und zwar vermutlich deswegen, weil die Betriebe in Schleswig-Holstein in der Mehrzahl kleiner sind als im Bundesdurchschnitt und die Nebenkosten in kleineren Betrieben niedriger liegen als in größeren.

Direktlohn und Lohnnebenkosten

Ein Einblick in die Struktur des Direktlohnes läßt sich durch die EWG-Erhebungen nicht gewinnen, d. h. es läßt sich nicht erkennen, wieviel Teile des gesamten Direktlohnes als Zeitlohn, Leistungslohn, Überstundenzuschläge, Zulagen für Nacht- und Sonntagsarbeit, für gefährliche und schmutzige Arbeit, als Auslösungen oder Verpflegungszuschüsse gezahlt wurden. Auch kann nicht gesagt werden, welche Teile des Direktlohnes auf tariflichen Abmachungen oder freiwilligen innerbetrieblichen Vereinbarungen beruhen.

Anders bei den Lohnnebenkosten. Diese werden in den EWG-Erhebungen - im Gegensatz zur bundesdeutschen Verdienststatistik - nicht nur erfaßt und ausgewiesen, sondern weitgehend untergliedert. Sie werden einmal nach ihrer rechtlichen Grundlage in gesetzliche einerseits und tarifliche und zusätzliche andererseits unterschieden und zum anderen nach dem Verwendungszweck in etwa 40 Kostenarten gegliedert, wobei allerdings im Rahmen einer Verdienstanalyse die "betriebsbedingten" Aufwendungen von Fall zu Fall auszusondern sind, weil sie nicht Teil des Arbeitnehmerentkommens sind. Einige tarifliche und zusätzliche Aufwendungsarten sind allerdings in einer Summe ausgewiesen und können daher nicht getrennt untersucht werden.

Gesetzliche Lohnnebenkosten

Zu den gesetzlich begründeten Lohnnebenkosten gehören die Sozialversicherungsbeiträge, gesetzlich zu bezahlende Feiertage und Ausfallzeiten, Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Beiträge zur Unfallversicherung, Leistungen des Schwerbeschädigten- und des Mutterschutzgesetzes, gesetzliches Kindergeld. Unter den tariflichen und zusätzlichen versteht man den Aufwand für Urlaub und Urlaubsabgeltung, die Entlassungsentschädigungen, Naturalleistungen einschl. Wohnungshilfe, Familienbeihilfe, Auf-

² Dieser Betrag stimmt mit dem recht gut überein, der sich aus den Ergebnissen der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel für die gleiche Zeit errechnen läßt, wenn man die erheblichen methodischen Unterschiede beider Erhebungen berücksichtigt, die sich allerdings zahlenmäßig nicht exakt greifen lassen. Siehe auch unter "Begriffe und Methoden"

Arbeitskosten in ausgewählten Industriezweigen¹

| | Direktlohn (Lohn für geleistete Arbeit) in % der Arbeitskosten | Lohnnebenkosten | | | | | |
|---|---|-----------------------------|--|--|---|--|---|
| | | Prämien, Gratifikationen | Zahlungen für nicht geleistete Arbeit | Arbeitgeber- beiträge zur Sozial- versicherung und Familien- beihilfen | Natural- leistungen und ver- gleichbare Vergütungen | Aufwendungen für Berufs- ausbildung u. ä. | Belegschafts- einrichtungen u. ä. sowie Leistungen nach dem Schwerbe- schädigten- gesetz |
| | | | | | | | |
| in % des Direktlohnes | | | | | | | |
| Papierherzeugung | 56 | 24 | 13 | 35 | 2 | 2 | 2 |
| Arbeiter | 57 | 22 | 12 | 36 | 2 | 2 | 2 |
| Angestellte | 53 | 32 | 15 | 31 | 4 | 3 | 5 |
| Zementindustrie | 69 | 7 | 9 | 22 | 5 | 1 | 3 |
| Arbeiter | 70 | 6 | 8 | 20 | 4 | 1 | 3 |
| Angestellte | 61 | 13 | 13 | 28 | 7 | 1 | 1 |
| Brauerei und Mälzerei | 69 | 6 | 10 | 24 | 3 | 1 | 1 |
| Arbeiter | 70 | 4 | 10 | 25 | 3 | 1 | 1 |
| Angestellte | 68 | 10 | 10 | 23 | 3 | 2 | 0 |
| Schiffbau | 71 | 3 | 11 | 21 | 1 | 3 | 1 |
| Arbeiter | 71 | 2 | 11 | 21 | 1 | 3 | 1 |
| Angestellte | 73 | 7 | 10 | 18 | 0 | 2 | 2 |
| Fischverarbeitung und Herstellung von Fischkonserven | 77 | 2 | 10 | 16 | 1 | 1 | 1 |
| Arbeiter | 78 | 1 | 10 | 16 | 1 | 0 | 1 |
| Angestellte | 75 | 6 | 9 | 14 | 0 | 4 | 0 |
| Herstellung von Ziegeleierzeugnissen | 78 | 4 | 9 | 16 | 0 | 1 | 0 |
| Arbeiter | 78 | 3 | 9 | 16 | 0 | 1 | 0 |
| Angestellte | 76 | 10 | 9 | 12 | — | 1 | — |
| Obst- und Gemüsekonservenindustrie | 78 | 3 | 7 | 16 | — | 1 | 0 |
| Arbeiter | 80 | 2 | 7 | 17 | — | — | 0 |
| Angestellte | 72 | 11 | 10 | 13 | — | 5 | — |
| Herstellung von Glas | 79 | 1 | 9 | 16 | 0 | 1 | 0 |
| Arbeiter | 79 | 1 | 8 | 16 | 0 | 1 | 0 |
| Angestellte | 75 | 5 | 10 | 13 | 0 | 5 | 0 |

1) in Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten

wand für Belegschaftseinrichtungen, Gratifikationen und Prämien, zusätzliche Pensionsversicherungen, Berufsausbildung, Neueinstellung u. a. m.

Im Durchschnitt aller Industriezweige Schleswig-Holsteins hielten sich bei Arbeitern und Angestellten zusammen die gesetzlichen Lohnnebenkosten mit 49% und die tariflichen und zusätzlichen mit 51% der gesamten Lohnnebenkosten fast die Waage. Im Bundesgebiet, wo diese Aussage in die einzelnen Größenklassen hinein verfolgt werden kann, hat sich ergeben, daß bei den Großunternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten die tariflichen und zusätzlichen Lohnnebenkosten das Übergewicht gegenüber den gesetzlichen bekamen, da im allgemeinen in den größeren Betrieben bessere wirtschaftliche und technische Voraussetzungen für die Schaffung sozialer Einrichtungen und Betriebsfürsorgemaßnahmen gegeben sind.

Gemessen am Direktlohn³ betrugen die gesetzlichen Lohnnebenkosten im Gesamtdurchschnitt bei den Arbeitern rd. 20%, bei den Angestellten

dagegen nur 15%, obwohl der absolute Betrag für die Angestellten höher lag, weil das Entgelt für geleistete Arbeit im Durchschnitt höher ist als bei den Arbeitern. Der Aufwand für gesetzliche Lohnnebenkosten machte für einen Angestellten in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 1 181 DM, für einen Arbeiter 990 DM aus; im Bundesdurchschnitt waren es 1 276 DM (= 16% des Direktlohnes) und 978 DM (= 20%).

Die wichtigsten Aufwandsarten unter den gesetzlichen Lohnnebenkosten waren - für Arbeiter und Angestellte zusammen be-

3) Hier und im folgenden werden die einzelnen Arten der Lohnnebenkosten am Direktlohn gemessen, wie aus folgendem Beispiel für die Brauereien und Mälzereien hervorgeht:

| | |
|-----------------------------|---------------------|
| Direktlohn | 4 448 000 DM = 100% |
| Gesetzliche Lohnnebenkosten | 877 000 DM = 20 % |
| Tarifliche Lohnnebenkosten | 1 080 000 DM = 24 % |
| Löhne und Lohnnebenkosten | 6 405 000 DM |

Mit den Ausdrücken "gemessen am Direktlohn", "im Verhältnis zur Direktlohnsumme" und "in % des Direktlohnes" soll also nicht gesagt werden, daß irgendwelche Lohnnebenkosten Teile des Direktlohnes seien.

trachtet - die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung; sie erreichten eine Höhe von 11% der Direktlohnsumme. Den zweiten Platz nahmen die gesetzlich zu bezahlenden Beträge für nicht geleistete Arbeitsstunden (Feiertage und sonstige Ausfallzeiten) ein; sie hatten bei Angestellten und Arbeitern die gleiche Höhe von etwa 4%. Der Aufwand für Unfallschutz lag mit 1,5% des Direktlohnes auf dem dritten Platz in der Rangordnung der gesetzlichen Lohnnebenkosten.

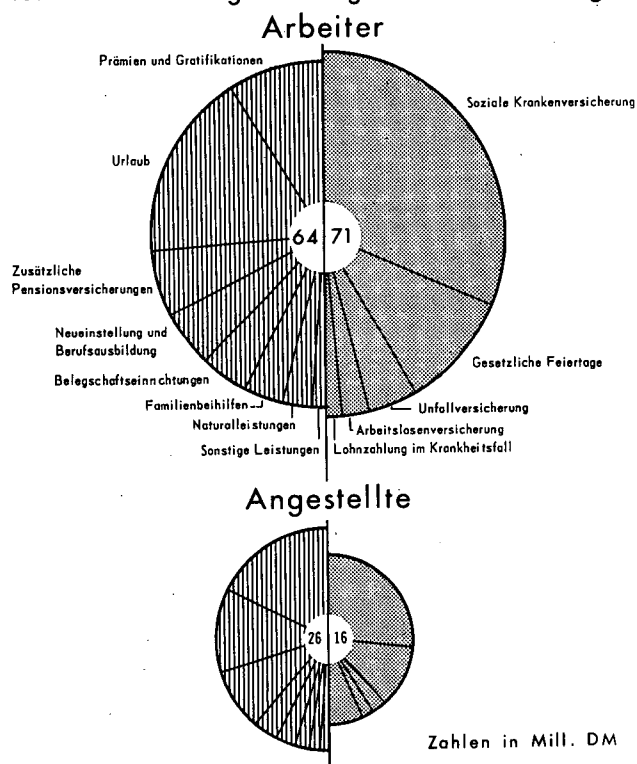
Tarifliche und zusätzliche Lohnnebenkosten

An der Spitze der tariflichen und zusätzlichen Lohnnebenkosten stand mit 6% des Direktlohnes der Urlaub, an zweiter Stelle folgten Gratifikationen und Prämien mit 4%. Den dritten Platz nahm der Aufwand für zusätzliche Pensionsversicherung mit 3% ein. Auf Berufsausbildung und Neueinstellung wurden 2% verwandt; auf Naturalleistungen und Familienbeihilfen entfielen je 1%.

D 3456

Struktur der Lohnnebenkosten

tarifliche Leistungen gesetzliche Leistungen



Die Rangfolge der Aufwandsarten bei gesetzlichen Lohnnebenkosten war in allen Industriezweigen gleich, dagegen erreichten die tariflichen und zusätzlichen Aufwandsarten je nach Industriezweig eine sehr unterschiedliche Bedeutung. Das Gesagte gilt auch für die Ergebnisse auf Bundesebene.

Hinsichtlich der tariflichen und zusätzlichen Lohnnebenkosten lagen die Verhältnisse umge-

kehrt wie bei den gesetzlichen. Die tariflichen und zusätzlichen Lohnnebenkosten in Schleswig-Holstein beliefen sich bei den Arbeitern auf rund 18%, bei den Angestellten dagegen auf rund 26% des Direktlohnes; der absolute Aufwand für einen Arbeiter machte durchschnittlich nur 898 DM aus, für einen Angestellten 1 996 DM. Im Bundesdurchschnitt waren es 1 061 DM (= 22% des Direktlohnes) und 2 950 DM (= 38%).

Die tariflichen und zusätzlichen Aufwendungen haben also für die Angestellten eine wesentlich größere Bedeutung als die gesetzlichen. Während das Verhältnis der gesetzlichen zu den tariflichen und zusätzlichen Lohnnebenkosten im Gesamtdurchschnitt bei den Arbeitern 1 : 0,9 beträgt, steht es bei den Angestellten wie 1 : 1,7. Diese Feststellung gilt auch für die einzelnen Industriezweige. Grundsätzlich spielen also für die Arbeiter die gesetzlichen Aufwendungen die größere Rolle, für die Angestellten die tariflichen und zusätzlichen. Im Bundesgebiet hat sich ergeben, daß sich in Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten auch für die Arbeiter das Schwergewicht auf die tariflichen und zusätzlichen Aufwendungen verlagert. Letzteres trifft jedoch nicht für alle Industriezweige zu; im Schiffbau z. B. bleiben auch im Großbetrieb die gesetzlichen Nebenaufwendungen für Arbeiter größer als die tariflichen und zusätzlichen.

Lohnnebenkosten nach Industriezweigen

Die Lohnnebenkosten waren in den einzelnen Industriezweigen sehr verschieden hoch. Während in der Obst- und Gemüsekonservenindustrie durchschnittlich je Arbeitnehmer nur 1 145 DM für Lohnnebenkosten aufgewendet wurden, lagen sie in der Papier- und Pappeherstellung bei 4 255 DM und waren somit um 270% höher. Auf 100 DM Direktlohn kamen in der Papier- und Pappeherstellung Lohnnebenkosten in Höhe von rund 78 DM, in der Obst- und Gemüsekonservenindustrie nur 28 DM. Diese Unterschiedlichkeiten sind einmal durch die in den Industriezweigen verschiedenen tariflichen und freiwilligen (innerbetrieblichen) Vereinbarungen bedingt, mögen aber auch durch die unterschiedliche Betriebsgrößenstruktur in den Industriezweigen und die unterschiedliche Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft hervorgerufen werden. Das Vorhandensein höherer Lohnnebenkosten bedeutet jedoch nicht, daß sich in jedem Falle auch das Arbeitnehmer Einkommen erhöht; die "betriebsbedingten" Aufwendungen, vornehmlich die für Unfallschutz sowie für Neueinstellung und Ausbildung von Arbeitskräften, gehen nicht in die Arbeitnehmer einkommen ein.

Arbeitskosten in 27 Industriezweigen Schleswig-Holsteins¹

| | Direktlohn (Lohn für geleistete Arbeit) in % der Arbeits- kosten | Lohnneben- kosten in % des Direkt- lohnes | Gesetzliche Lohnnebenkosten in % aller Lohnnebenkosten | Tarifliche |
|--|--|---|---|------------|
| 1959 | | | | |
| Brauerei und Mälzerei | 69 | 44 | 45 | 55 |
| Wollspinnerei | 70 | 42 | 46 | 54 |
| Papierherzeugung | 56 | 78 | 28 | 72 |
| Chemische Industrie | 70 | 42 | 42 | 58 |
| Zementindustrie | 69 | 46 | 37 | 63 |
| Herstellung von feinkeramischen Erzeugnissen | 71 | 40 | 55 | 45 |
| Elektrotechnik | 73 | 37 | 49 | 51 |
| Schiffbau | 71 | 40 | 51 | 49 |
| Bau von Kraftfahrzeugen und deren Motoren | 75 | 34 | 49 | 51 |
| 1960 | | | | |
| Schokoladen-, Konfekt- und Keksindustrie | 74 | 34 | 53 | 47 |
| Obst- und Gemüsekonservenindustrie | 78 | 28 | 64 | 36 |
| Herstellung von Lederschuh | 78 | 28 | 58 | 42 |
| Holzmöbelindustrie | 77 | 29 | 59 | 41 |
| Herstellung von Glas | 79 | 27 | 65 | 35 |
| Feinmechanik und Optik | 77 | 30 | 50 | 50 |
| 1961 | | | | |
| Fleischverarbeitung und Herstellung von Fleischkonserven | 74 | 35 | 50 | 50 |
| Fischverarbeitung und Herstellung von Fischkonserven | 77 | 30 | 59 | 41 |
| Wirkerei und Strickerei | 74 | 35 | 50 | 50 |
| Bekleidungsindustrie | 72 | 40 | 45 | 55 |
| Papierverarbeitung | 72 | 38 | 46 | 54 |
| Druckereigewerbe | 75 | 33 | 48 | 52 |
| Herstellung, Zurichtung und Veredelung von Leder | 73 | 37 | 51 | 49 |
| Kunststoffverarbeitung | 76 | 31 | 46 | 54 |
| Herstellung von Ziegeleierzeugnissen | 77 | 29 | 61 | 39 |
| NE-Metallerzeugung und -bearbeitung | 76 | 32 | 56 | 44 |
| Herstellung von Landmaschinen und Ackerschleppern | 74 | 35 | 50 | 50 |
| Herstellung von Metallerzeugnissen | 76 | 31 | 57 | 43 |

1) in Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten

Die Beobachtungen, daß hoher Direktlohn mit hohen Lohnnebenkosten einherginge und umgekehrt, können in Schleswig-Holstein nicht bestätigt werden. Wohl gibt es einige Industriezweige, so die Obst- und Gemüsekonservenindustrie, die Herstellung von Lederschuh, die Herstellung von Glas sowie die Fischverarbeitung und Herstellung von Fischkonserven, in denen niedrige Direktlöhne in Verbindung mit niedrigen Lohnnebenkosten (27 - 30% des Direktlohnes) vorkamen, und umgekehrt wurde der verhältnismäßig hohe Direktlohn der Papier- und Pappeherzeugung durch ungewöhnlich hohe Lohnnebenkosten (78% des Direktlohnes) erhöht. In den übrigen 22 Industriezweigen lagen jedoch die Lohnnebenkosten zwischen 30 - 46% des Direktlohnes, waren also weder besonders hoch noch besonders niedrig, obwohl ein Teil dieser Industriezweige hohe, der andere niedrige Direktlöhne hatte. Bei dem sehr hohen Direktlohn der Ziegeleien wirkten die Lohnnebenkosten in Höhe von nur 29% des Direktlohnes sogar

nivellierend. Von einer stets gleichlaufenden Relation zwischen Direktlohn und Lohnnebenkosten kann also nicht die Rede sein.

Die relativ höchsten Beträge für gesetzlich zu bezahlende Ausfallzeiten hatte die Papier- und Pappeherstellung mit 6% des Direktlohnes, die relativ höchsten Ausgaben für die Berufsausbildung hatten die Wollspinnereien mit 5% des Direktlohnes.

Lohnnebenkosten nach Arbeitnehmergruppen

Die Gegenüberstellung der Aufwendungen je Arbeiter und je Angestellten zeigt, daß der Pro-Kopf-Aufwand an Lohnnebenkosten für Angestellte im Durchschnitt aller Industriezweige mit 3 177 DM höher war als für einen Arbeiter mit 1 889 DM (169:100). Das gilt auch für das Bundesgebiet, wo der Pro-Kopf-Betrag für Angestellte doppelt so hoch wie der für Arbeiter war. Auch in den einzelnen Industriezweigen ergaben sich regelmäßig für

die Angestellten höhere Pro-Kopf-Beträge als für die Arbeiter. Besonders groß war der Unterschied in der Obst- und Gemüse-konservenindustrie; hier war der Aufwand für einen Angestellten gut zweieinhalbmal so hoch wie für einen Arbeiter. Aber auch in acht anderen Industriezweigen übertrafen die Lohnnebenkosten je Angestellten die je Arbeiter um mehr als 100%; im ungünstigsten Falle, nämlich in den Ziegeleien, lagen sie um 19% über denen der Arbeiter.

Man kann daraus jedoch nicht folgern, daß Industriezweige mit einem relativ niedrigen Anteil von Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten im allgemeinen auch niedrigere Lohnnebenkosten je Arbeitnehmer hätten als Industriezweige, in denen die Angestellten stärker vertreten sind. Zwar war beispielsweise in der Herstellung von Glas und in Ziegeleien, in denen der Anteil der Angestellten an der Beschäftigtenzahl mit 7% verhältnismäßig niedrig war - im Durchschnitt aller hier behandelten Industriezweige gab es 16% Angestellte -, auch der Gesamtaufwand an Lohnnebenkosten niedrig (27 bzw. 29% des Direktlohns); in anderen Industriezweigen mit geringem Angestelltenanteil, so in der Papier- und Pappeindustrie und in der Zementindustrie, waren sie jedoch hoch (78 bzw. 46%).

Einzelne Lohnnebenkostenarten treten bei den Arbeitern stärker in Erscheinung als bei den Angestellten. Da z. B. ein Teil der Angestellten infolge Überschreitens der Rentenversicherungspflichtgrenze (1 250 DM) oder der Krankenversicherungspflichtgrenze (660 DM) keine Beiträge zur Sozialversicherung zu zahlen brauchte, beliefen sich die Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung im Verhältnis zur Direktlohnsumme bei den Angestellten auf nur 8%, während sie bei den Arbeitern 12% ausmachten. Dagegen war der Aufwand für Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall bei den Angestellten gut dreimal so hoch wie bei den Arbeitern (2,0% : 0,6% des Direktlohnes).

Was tarifliche und zusätzliche Lohnnebenkostenarten betrifft, so spielten Prämien, Gratifikationen und Pensionsversicherungen für Angestellte eine sehr viel größere Rolle als für Arbeiter; bei den Angestellten bestanden etwa 53% der tariflichen und zusätzlichen Lohnnebenkosten aus Gratifikationen und Pensionsversicherungen, bei den Arbeitern etwa nur 30%. In einem Industriezweig, nämlich in der NE-Metallerzeugung und -verarbeitung, erreichte dieser Anteil bei den Angestellten sogar 70%, während er bei den Arbeitern 15% betrug. Dafür traten bei den Arbeitern die Aufwendungen für Urlaub und Berufsausbildung in den Vordergrund; im Kraftfahrzeugbau und in der Wollspinnerei

wurde je rund ein Viertel der tariflichen und zusätzlichen Lohnnebenkosten für die Berufsausbildung der Arbeiter ausgegeben.

Die genannten Relationen sind mit Abweichungen in allen Industriezweigen die gleichen. Auch die Bundeszahlen ergaben dasselbe Bild.

Sobald die EWG-Erhebungen für die Jahre 1962, 1963 und 1964 wiederholt sind, kann die Untersuchung auf die Entwicklung der geschilderten Relationen ausgedehnt werden.

Begriffe und Methoden

In ihrer Problemstellung und in der Gestaltung des Fragebogens haben sich die EWG-Erhebungen an die Lohnkostenerhebungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Montanunion) angelehnt, die seit 1952 durchgeführt werden. Ferner konnten die Erfahrungen verwertet werden, die das Internationale Arbeitsamt in Genf (IAA) mit seiner Erhebung über "Die Arbeitskosten in der europäischen Industrie" des Jahres 1955 gemacht hat. Auch die Verdiensterhebungen der Benelux-Länder, die vor einigen Jahren aufeinander abgestimmt wurden, haben als Vorlage gedient.

Da die EWG-Erhebungen nicht speziell, ja nicht einmal primär auf die Ermittlung der Arbeitseinkommen abzielen, sind verschiedene Merkmale, die - jedenfalls in gewissem Umfang - Bestandteil nationaler Verdienststatistiken sind, vernachlässigt worden, weil sie für die Bestimmung der Arbeitskosten keine Rolle spielen. Gemeint sind die differenzierenden Elemente wie Geschlecht, Lebensalter, Familienstand, Kinderzahl, Zahl der vom Einkommensempfänger abhängigen Personen, Berufsausbildung, Alter im Beruf, Qualifikation der Berufstätigkeit, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Ortsgrößenklasse, individuelle Lohnart, Arbeitszeit u. a. m.

Hierbei sind die Schwierigkeiten bei der Schaffung klarer Definitionen im Rahmen einer supranationalen Erhebung nicht zu verkennen. Schon in der landesüblichen Abgrenzung der Begriffe Arbeiter und Angestellter bestehen zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede, da in einzelnen Ländern einfache und mechanische Tätigkeiten nicht von Angestellten ausgeübt werden können. Solange also keine Leistungsgruppen eingeführt sind, drücken Angestellte mit solcher Tätigkeit und dem entsprechend niedrigen Gehalt auf das Verdienstniveau in dem Land, in dem sie nicht zwangsläufig Arbeiter sind.

Aus der Erkenntnis der Notwendigkeit differenzierender Merkmale wurde ab 1961 der getrennte Nachweis von Verdienst und Arbeitszeiten für männliche und weibliche Arbeitnehmer eingeführt, deren Anteile an der Gesamtzahl der Beschäftigten von Land zu Land und je nachdem, ob es sich um Arbeiter oder Angestellte handelt, sehr erheblich variieren. Da sich im internationalen Vergleich besonders die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Familienbeihilfesysteme verzerrend auswirkt, vermißt man die Erfassung von Familienstand und Kinderzahl der Arbeitnehmer. Um den Aussagewert der EWG-Erhebungen zu erhöhen, die zwar auf einem breiten Tatsachenmaterial basieren, aber in Ermangelung struktureller Merkmale in einzelnen Teilen und im konkreten Fall nicht aussagekräftig sind, plant die EWG für Oktober 1966 eine Lohnstrukturhebung.

Ein weiteres Hindernis für die Durchführung exakter internationaler Vergleiche, das in dem Fehlen einer gemeinsamen Rechnungseinheit für die in nationaler Währung erfaßten Löhne

liegt, dürfte ebenfalls in absehbarer Zeit beseitigt sein. Bisher mußte das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften zum Zwecke der Umrechnung auf die in der Eisen- und Stahlindustrie von der EGKS (Montanunion) ermittelten Verbraucherpreisparitäten zurückgreifen, womit das Problem jedoch nur behelfsmäßig zu lösen war. Nunmehr führt die EWG in den wichtigsten Industriezentren der sechs Mitgliedstaaten eigene Erhebungen über Verbraucherpreise und Wirtschaftsrechnungen in Arbeitnehmerhaushalten aller einschlägigen Industriezweige durch.

Einmal, um die Berichtsbetriebe zu entlasten, zum andern aber zum Zwecke gegenseitiger Ergänzung und Vervollständigung sind Bestrebungen im Gange, die EWG-Erhebungen mit den nationalen Verdienststatistiken zu harmonisieren. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Verdienststatistik in Industrie und Handel der Bundesrepublik ab 1. Januar 1964 auf die Monate Januar, April, Juli und Oktober umgestellt worden. Außerdem wurde eine auf NICE-Grundlage (Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes) aufbereitete Statistik der Bruttoverdienste, gegliedert nach Industriezweigen und Geschlecht, für die Monate April und Oktober eines jeden Jahres geschaffen. Sobald das Ziel der Harmonisierung erreicht ist, könnten die EWG-Erhebungen vierteljährlich mit den Ergebnissen der nationalen Verdiensterhebung fortgeschrieben und aktualisiert werden.

Die EWG-Erhebungen werden – wie die bundesdeutsche Verdiensterhebung in Industrie und Handel – nach dem sog. Lohnsummenverfahren durchgeführt, d. h. die erforderlichen Angaben werden nicht für jeden einzelnen Arbeitnehmer, sondern nur für bestimmte Arbeitnehmergruppen verlangt. Diese Gruppen sind nach dem Beschäftigungsverhältnis (Arbeiter/Angestellte) und ab 1961 nach dem Geschlecht gebildet.

Die amtliche Verdienststatistik der Bundesrepublik geht von Bruttobeträgen in bestimmten Grenzen aus und läßt Sonder- und

Nebenleistungen der Arbeitgeber außer Betracht. Die EWG-Erhebungen kennen in ihren "Arbeitskosten" diese Beschränkungen nicht, obwohl auch ihre Fragen bei den Lohnnebenkosten nicht erschöpfend sein können, da gewisse Aufwandsarten begrifflich nicht zu erfassen sind. Ein direkter Vergleich zwischen den Ergebnissen der EWG-Erhebung und der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel ist wegen erheblicher methodischer Unterschiede nicht möglich. So sind z. B. bei der laufenden Verdiensterhebung die für Urlaub und gesetzliche Feiertage gezahlten Löhne in dem dort erfragten "Bruttolohn" enthalten, im "Direktlohn" der EWG-Erhebungen jedoch nicht. Dieser ist außerdem dadurch verringert, daß Gehälter für Personal, das mit der Einstellung, Entlassung und Berufsausbildung von Betriebsangehörigen beschäftigt ist, nicht zum Direktlohn, sondern zu den Lohnnebenkosten gerechnet wurden.

Während andere Effektivlohnstatistiken das Repräsentativverfahren bevorzugen, erstrecken sich die EWG-Erhebungen auf sämtliche Unternehmen mit deren sämtlichen Arbeitnehmern, soweit sie nicht weniger als 50 Beschäftigte (in Luxemburg 20 Beschäftigte) hatten. Allein in der Bekleidungsindustrie und in der Herstellung von Metallzeugnissen wurde nur jedes zweite Unternehmen erfaßt.

Erhebungszeitraum war das betreffende Kalenderjahr; sofern das Geschäftsjahr des Unternehmens nicht mit dem Kalenderjahr zusammenfiel, wurde für das Geschäftsjahr gemeldet, das im betreffenden Kalenderjahr zu Ende ging.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten" 1959, 1960 und 1961 in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 200 (April) und S. 362 (Juni) sowie 1963, S. 77 (Februar) und S. 460 (August).

Das Sparen der privaten Haushalte

Auf Grund des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. Teil I S. 18) wurde erstmalig in der Zeit von Mai 1962 bis April 1963 die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchgeführt. Sie soll in drei- bis fünfjährigen Abständen wiederholt werden. Ergebnisse für Schleswig-Holstein gibt es leider nicht, da die repräsentative Auswahl hierfür zu gering ist. In unserem Mai-Heft erschien als erstes Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ein Aufsatz über "Die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern". Der hier vorgelegte Aufsatz lehnt sich an die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes "Ausgewählte Vermögensformen in privaten Haushalten", in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 143 (März), an.

Mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe hat sich zum erstenmal die Möglichkeit ergeben, die Ersparnisbildung der privaten

Haushalte aller Größen und sozialen Schichten genauer zu untersuchen. Ergebnisse über den Sparprozeß werden allerdings erst vorliegen, wenn die Verwendung der verfügbaren Einnahmen statistisch aufbereitet ist. Dafür sind aber jetzt Ergebnisse aus den Einleitungsinterviews über die verschiedenen Sparformen vorhanden.

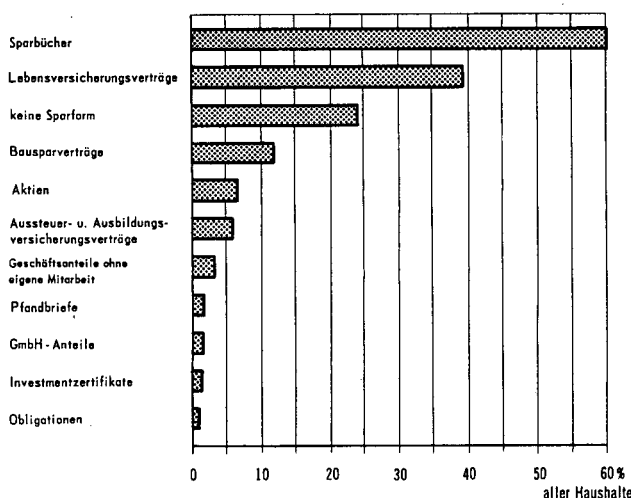
Im Frühjahr 1962 wurden rund 43 000 Haushalte in der Bundesrepublik gefragt, ob sie Wertpapiere, Geschäftsanteile, Sparbücher, Bausparverträge sowie Lebensversicherungs- und Aussteuerversicherungsverträge besäßen. Es ging dabei nur um das Vorhandensein solcher Vermögensformen. Es wurde nicht festgestellt,

wie hoch das Sparvermögen war oder wie es gebildet worden ist.

Die hochgerechneten Stichprobenergebnisse gelten für die reichlich 18 Mill. Haushalte der Bundesrepublik ohne Berlin. Von diesen Haushalten hatte ein Viertel überhaupt nicht gespart, wenn man von dem Bargeldaufbewahren in der eigenen Wohnung, das nicht erfaßt wurde, absieht. Die verbreitetste Geldanlage ist das Kontensparen; drei Fünftel aller Haushalte hatten mindestens ein Sparbuch. In zwei Fünfteln der Haushalte waren Lebensversicherungsverträge abgeschlossen worden. Hierbei wurden die kleinen Sterbeversicherungen nicht mitgezählt. An dritter Stelle stehen die Bausparverträge; Bausparer waren in 12% aller Haushalte anzutreffen. Aktienbesitzer gab es nur in 7% der Haushalte. Genau 6% war im Besitz von Aussteuer- oder Ausbildungsversicherungsverträgen. Am wenigsten verbreitet waren Obligationen, nur knapp 1% der Haushalte hatte in dieser Form Geld angelegt. Investmentzertifikate besaßen nur reichlich 1% der Haushalte und Pfandbriefe und GmbH-Anteile nur knapp 2%. Über Geschäftsanteile ohne eigene Mitarbeit verfügten 3%.

D-3448

Die Sparformen in den privaten Haushalten im Frühjahr 1962



Einpersonenhaushalte

Wegen der unterschiedlichen Einkommens- und Altersstruktur der Haushalte muß man die Ergebnisse für Einpersonen- und Mehrpersonenhaushalte für sich betrachten. Von den 18,3 Mill. Haushalten bestanden 3,5 Mill. nur aus einer Person. Mehr als die Hälfte dieser allein lebenden Menschen war über 60 Jahre alt. Etwa ein Fünftel hatte bereits das 70. Lebensjahr überschritten. Diese Altersstruktur beein-

flußt naturgemäß die Ersparnisbildung. Von je 100 der allein lebenden Personen besaßen 35 überhaupt kein Sparvermögen in den im Bild angegebenen Anlageformen. 55 hatten Sparbücher, 19 Lebensversicherungen, jeweils 6 Bausparverträge oder Aktien. Wie man sieht, ist bei den Einpersonenhaushalten der Anteil ohne jegliche Ersparnisbildung auffallend größer als beim gesamten Durchschnitt. Dagegen ist der Anteil bestimmter Anlageformen merklich geringer. Dies trifft insbesondere bei Lebens- und Aussteuerversicherungen und Bausparverträgen zu. Bei den alten Menschen sind die früher vorhandenen Vermögenswerte teilweise oder ganz aufgezehrt oder verlorengegangen und konnten nicht wieder neu gebildet werden. Die Tatsache, daß unter den Einpersonenhaushalten nur halb soviel mit Bausparverträgen sind dürfte einerseits damit zusammenhängen, daß unter den älteren Jahrgängen bereits mehr Hausbesitzer anzutreffen sind und die übrigen sich seltener vornehmen, noch ein Haus zu bauen und dafür zu sparen. Der geringe Anteil der Aussteuer- und Lebensversicherungen bei den Einpersonenhaushalten dürfte auch weitgehend durch die Altersstruktur dieser Haushalte zu erklären sein. Ältere Leute haben entweder die Leistungen von Lebensversicherungen bereits erhalten oder sie haben wegen ihrer niedrigeren Einkommen und geringeren Lebenserwartung keine Verträge mehr abgeschlossen.

Gliedert man die Einpersonenhaushalte nach der Höhe ihrer monatlichen Nettoeinkommen, so zeigt sich eindeutig, daß mit höherem Einkommen mehr gespart wird. So betrug der Anteil der Haushalte, die keinerlei Vermögen in den hier betrachteten Anlageformen besaßen, in der Einkommensgruppe

| | | |
|-------------------|----------|------|
| unter | 300 DM | 45 % |
| 300 bis unter | 600 DM | 27 % |
| 600 bis unter | 800 DM | 17 % |
| 800 bis unter | 1 200 DM | 14 % |
| 1 200 DM und mehr | | 11 % |

Ähnlich wie der Anteil der Haushalte ohne angelegtes Vermögen von Einkommensgruppe zu Einkommensgruppe abnimmt, wächst der Anteil der Haushalte bei den anderen Sparformen mit steigendem Einkommen. So besaßen z.B. nur 3% der Einpersonenhaushalte, deren Nettoeinkommen unter 300 DM lag, Aktien. Dagegen war in der Einkommensgruppe 800 bis 1 200 DM immerhin ein Fünftel Aktienbesitzer. Annähernd die gleichen Verhältnisse sind beim Bausparen zu beobachten. - Sieben Zehntel aller Einpersonenhaushalte, die überhaupt Vermögen in den beschriebenen Arten gebildet haben, sparten nur in einer Form. Die Neigung, in

mehreren Formen sein Geld anzulegen, wird mit steigendem Einkommen größer. Am häufigsten waren Sparguthaben mit Lebens- und Aussteuerversicherungen zusammen anzutreffen.

Mehrpersonenhaushalte

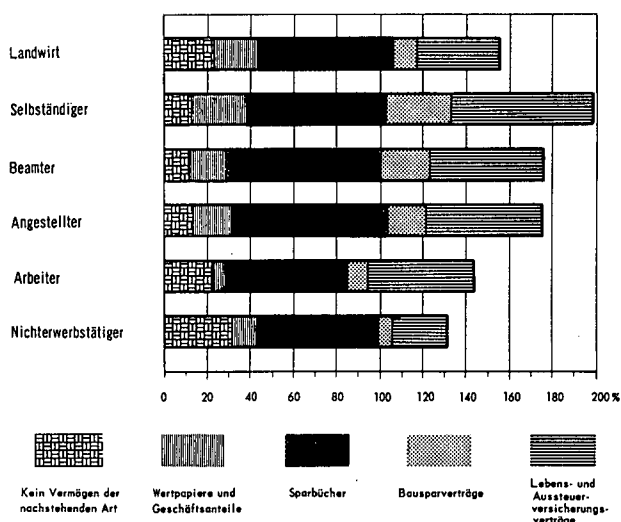
Eine Aufstellung der annähernd 15 Mill. Mehrpersonenhaushalte nach dem Alter der Haushaltsvorstände ergibt, daß vier Fünftel der betreffenden Ehemänner, Witwen oder geschiedenen Frauen jünger als 60 Jahre waren. Das Bild der Mehrpersonenhaushalte wird mithin im Gegensatz zu den Einpersonenhaushalten von den Erwerbstätigen bestimmt, die für gewöhnlich höhere Einkommen haben und deshalb eher in der Lage sind, in irgendeiner Form zu sparen.

Ein Fünftel der Mehrpersonenhaushalte hatte überhaupt nicht gespart. Bei den Einpersonenhaushalten machte dieser Anteil 35% aus. Auch an bestimmten Sparformen waren die Ein- und Mehrpersonenhaushalte recht unterschiedlich beteiligt. Nahezu 14% der Mehrpersonenhaushalte hatten im Frühjahr 1962 einen oder sogar mehrere Bausparverträge abgeschlossen. Von je 100 Einpersonenhaushalten hatten hingegen nur sechs solche Verträge aufzuweisen. Noch stärker differieren die Anteile der von den beiden Haushaltstypen abgeschlossenen Lebens- und Aussteuerversicherungen. Während von 100 alleinstehenden Menschen nur einer eine Aussteuer- oder Ausbildungsversicherung hatte, verfügten 7% der Mehrpersonenhaushalte über solche Versicherungen. Lebensversicherungen waren bei 45% der Mehrpersonenhaushalte anzutreffen und nur bei 19% der Einpersonenhaushalte. Oben wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Unterschiede in der Verbreitung dieser Geldanlageformen hauptsächlich durch die unterschiedlichen Altersstrukturen der beiden Haushaltstypen zu erklären sind.

Eine Gliederung nach dem Alter der Haushaltsvorstände ergab, daß das Alter für die Wahl der Sparform von entscheidender Bedeutung ist. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil der Besitzer von Bausparverträgen sowie Lebens- und Aussteuerversicherungen. Dagegen steigt der Anteil der Wertpapierbesitzer bei den älteren Jahrgängen. Dies mag damit zusammenhängen, daß der Umgang mit Wertpapieren und Geschäftsanteilen eine gewisse Berufs- und Lebenserfahrung voraussetzt. Die Verbreitung des Kontensparens scheint jedoch vom Alter des Familienoberhauptes unabhängig zu sein. Bei den Ein- und Mehrpersonenhaushalten war diese Sparform mit 55% und 61% auch annähernd gleich stark verbreitet.

D - 3449

Die Sparformen nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes im Frühjahr 1962



Aus dem zweiten Bild geht hervor, daß das Sparbuchsparen im Frühjahr 1962 bei fast allen sozialen Schichten mit Abstand die verbreitetste Sparform war. Nur bei den Selbständigen (ohne Landwirte) war der Anteil der Haushalte mit Lebens- und Aussteuerversicherungen mit zwei Dritteln genau so groß wie der Anteil der Haushalte mit Sparguthaben. Es zeigt sich hier, daß die selbständigen Gewerbetreibenden und die Angehörigen der freien Berufe in höherem Maße als etwa Arbeitnehmer gezwungen sind, ihren Lebensabend selbst zu sichern. Dagegen hat die Mehrzahl der selbständigen Landwirte es anscheinend nicht so nötig, Lebensversicherungen abzuschließen; denn nur 38% der Mehrpersonenhaushalte von Landwirten hatten eine Lebens- oder Aussteuerversicherung abgeschlossen. Dies dürfte dadurch bedingt sein, daß die Landwirte ihren Lebensabend durch das ihnen meistens zugestandene Altenteil gesichert wissen. Zwischen den Mehrpersonenhaushalten der Beamten und Angestellten sind bei keiner der hier angeführten Vermögensformen wesentliche Unterschiede festzustellen, auch nicht bei den Lebens- und Aussteuerversicherungen. Verglichen mit den übrigen Erwerbstätigenhaushalten waren hingegen in den Arbeiterfamilien durchweg nicht so viele Vermögensanlagen anzutreffen. An diesem Bild ändert sich auch nicht viel, wenn man die Verhältnisse nach dem Haushaltseinkommen und dem Alter des Familienoberhauptes gegliedert darstellt, wie es in der Tabelle geschehen ist. So hatten bei den Mehrpersonenhaushalten, deren Vorstand 40 bis 50 Jahre alt war und deren Haushalts-Nettoeinkommen zwischen 800 und 1 200 DM lag, von den Selbständigen (ohne Landwirte) 34% einen Bausparvertrag, von den Beamten 25%, von den Angestellten 20%, von den Arbeiter-

Die Verbreitung der Sparformen in den Mehrpersonenhaushalten mit einem 40 bis 50 Jahre alten Haushaltsvorstand

| Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes Sparform | Monatliches Haushalts-Nettoeinkommen in DM | | | |
|---|---|-------------|---------------|----------------------|
| | 300- 600 | 600- 800 | 800- 1 200 | 1 200 und mehr |
| | Anteil der Sparformen in % ¹ | | | |
| Selbständiger (ohne Landwirt) | | | | |
| Wertpapiere und Geschäftsanteile ² | 16,7 | 14,0 | 22,0 | 37,6 |
| Sparbücher | 57,6 | 64,5 | 65,4 | 75,5 |
| Bausparverträge | 28,5 | 27,2 | 33,9 | 43,3 |
| Lebensversicherungsverträge | 65,4 | 69,5 | 71,9 | 82,1 |
| Aussteuerversicherungsverträge ³ | 11,6 | 11,9 | 18,3 | 19,3 |
| Kein Vermögen dieser Art | 13,2 | 14,0 | 9,2 | 6,3 |
| Beamter | | | | |
| Wertpapiere und Geschäftsanteile ² | 2,7 | 10,5 | 16,8 | 21,2 |
| Sparbücher | 60,7 | 66,0 | 72,4 | 79,0 |
| Bausparverträge | 7,8 | 14,3 | 24,5 | 36,7 |
| Lebensversicherungsverträge | 54,9 | 50,6 | 47,9 | 51,2 |
| Aussteuerversicherungsverträge ³ | 7,8 | 14,4 | 12,2 | 18,6 |
| Kein Vermögen dieser Art | 15,6 | 16,2 | 12,7 | 7,8 |
| Angestellter | | | | |
| Wertpapiere und Geschäftsanteile ² | 11,8 | 9,8 | 18,6 | 31,3 |
| Sparbücher | 71,4 | 73,3 | 74,6 | 80,2 |
| Bausparverträge | 10,7 | 13,0 | 20,1 | 27,6 |
| Lebensversicherungsverträge | 48,2 | 53,5 | 53,4 | 69,1 |
| Aussteuerversicherungsverträge ³ | 12,5 | 11,9 | 11,2 | 14,7 |
| Kein Vermögen dieser Art | 13,5 | 13,8 | 12,4 | 6,8 |
| Arbeiter | | | | |
| Wertpapiere und Geschäftsanteile ² | 4,8 | 5,4 | 4,6 | . |
| Sparbücher | 55,0 | 59,1 | 56,2 | . |
| Bausparverträge | 8,6 | 8,7 | 9,6 | . |
| Lebensversicherungsverträge | 47,8 | 48,1 | 48,4 | . |
| Aussteuerversicherungsverträge ³ | 9,5 | 9,7 | 7,7 | . |
| Kein Vermögen dieser Art | 23,5 | 21,5 | 21,5 | . |

1) Da Haushalte häufig in mehr als einer Form sparen, ergeben die

Anteile in einer Einkommensgruppe zusammen mehr als 100

2) GmbH-Anteile und Geschäftsanteile ohne eigene Mitarbeit

3) einschließlich Ausbildungs(Studien-)versicherung u. ä.

tern dagegen nur knapp 10%. Andererseits war bei reichlich einem Fünftel der Arbeiter-Haushalte dieser Alters- und Einkommensgruppe überhaupt kein Sparvermögen anzutreffen. Bei den entsprechenden Angestellten-, Beamten- und Selbständigenhaushalten lag dieser Anteil unter 13%. Ein Grund hierfür ist vermutlich darin zu sehen, daß bei den Arbeiterhaushalten möglicherweise mehr erwachsene Kinder zum

Familieneinkommen beitragen als bei den anderen Haushalten und daß die Einkommen dieser verdienenden Kinder dem Familieneinkommen in voller Höhe zugerechnet wurden, obwohl sie von den erwachsenen Kindern teilweise oder ganz selbstbewirtschaftet und überwiegend zum Verbrauch ausgegeben werden. Außerdem dürften hier sozialpsychologische Gründe mitspielen. Etliche Arbeiter verdienen noch nicht so lange ein Einkommen, bei dem es sich lohnt zu sparen. Sie haben sich deshalb dem Sparverhalten der Beamten und Angestellten noch nicht angepaßt.

Wenn dieser Aufsatz auch noch keine Angaben über den Sparprozeß, die Höhe der angelegten Geldbeträge und die laufend zu zahlenden Sparraten und Versicherungsbeiträge enthält, so gibt er dennoch ein Bild davon, wie stark die einzelnen Sparformen im Frühjahr 1962 in den privaten Haushalten der Bundesrepublik verbreitet waren. Der interessierte Leser hat z. B. gesehen, daß sich das verhältnismäßig neue Investmentsparen noch nicht eingebürgert hat und daß das Bausparen vorläufig noch immer populärer ist als Wertpapiersparen. Vielleicht hat es ihn auch überrascht, daß zwei Fünftel der Haushalte keine Sparguthaben und ein Viertel überhaupt keine der hier betrachteten Vermögensanlagen besitzen.

Begriffe und Methoden

Obwohl es sich bei der Statistik, der die vorstehenden Ergebnisse entstammen, um eine Stichprobenerhebung handelt, unterscheidet sie sich doch wesentlich von anderen Stichprobenerhebungen der amtlichen Statistik. Während sonst mit allen Mitteln vollkommene Zufälligkeit in der Auswahl der Berichtenden angestrebt wird, mußte man hier diejenigen als Auskunftspersonen annehmen, die sich freiwillig meldeten. Da nur der absolute Zufall in der Auswahl garantiert, daß das Ergebnis der Erhebung "repräsentativ" ist, also für die umfassende Wirklichkeit steht, kann dieser Anspruch hier nicht ohne weiteres erhoben werden. Vielmehr ist zu bedenken, daß vermutlich zwischen der Neigung, sich für die komplizierte Buchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zur Verfügung zu stellen, und der Neigung zum Sparen eine Beziehung besteht. Die vorstehenden Ergebnisse treffen deshalb zwar für den Kreis der buchführenden Haushalte zu, können aber nur mit Einschränkung auf die ganze Bevölkerung verallgemeinert werden. Von dieser Einschränkung sind jedoch Aussagen über Relationen aller Art am wenigsten betroffen.

Dr. Enno Heeren

Die Einsätze der Feuerwehren im Jahre 1963

Die Berufsfeuerwehren und die freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins wurden 1963 an 2 044 Brandstellen gerufen. Sie bekämpften

251 Großbrände (12 %),
401 Mittelbrände (20 %) und
1 392 Klein- und Entstehungsbrände (68 %).

Gegenüber dem Vorjahr, in dem 1 395 Brände gelöscht werden mußten, ist der Anteil der Großbrände (1962 = 14%) leicht gesunken und der der Klein- und Entstehungsbrände (1962 = 67%) leicht gestiegen.

Brände entstanden (in Klammern die Zahl von 1962)

1 065mal (838mal) in und an Gebäuden,
149mal (110mal) in und an Fahrzeugen und
830mal (447mal) auf Freiflächen.

Die Freiflächenbrände machten im Berichtsjahr 41% aller Schadenfeuer aus, 1962 nur 32%. Der Anteil der Gebäudebrände sank dagegen von 60% auf 52%.

Brände nach dem Entstehungsort

| | 1962 | 1963 |
|------------------------------|-------|-------|
| Gebäudebrände | 838 | 1 065 |
| Großbrände | 142 | 178 |
| Mittelbrände | 100 | 146 |
| Klein- und Entstehungsbrände | 596 | 741 |
| Fahrzeugbrände | 110 | 149 |
| Kraftfahrzeuge | 92 | 124 |
| Schienenfahrzeuge | 2 | 5 |
| Schiffe | 16 | 20 |
| Freiflächenbrände | 447 | 830 |
| Höfe und Lagerplätze | 25 | 35 |
| Wald, Plantagen | 32 | 89 |
| Heide, Moor, Wiesen | 28 | 193 |
| Getreidefelder | 2 | 10 |
| Diemen | 23 | 28 |
| Gräser, Bahndämme | 63 | 125 |
| Dunghaufen | 4 | — |
| Schuttplätze | 270 | 350 |
| Insgesamt | 1 395 | 2 044 |

70% der Gebäudebrände waren Klein- und Entstehungsbrände, 17% Großbrände und 14% Mittelbrände. Insgesamt mußten dagegen mehr Mittel- als Großbrände bekämpft werden.

124mal standen Kraftfahrzeuge in Flammen, während Schienenfahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe zusammen nur 25mal brannten.

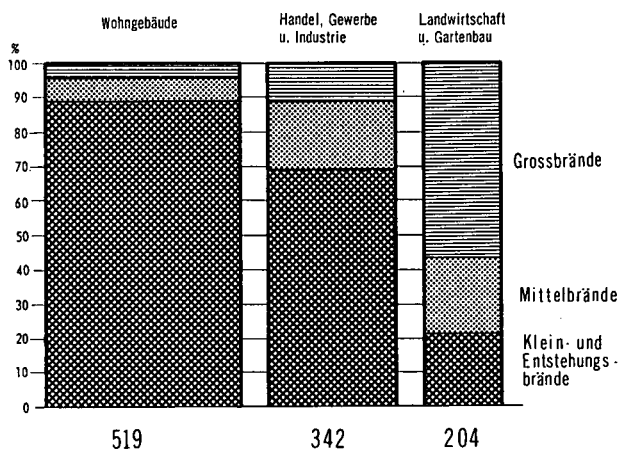
Unter den 830 Freiflächenbränden ragen wie im Vorjahr die Schuttplatzbrände heraus. Sie haben um ein knappes Drittel auf 350 zugenommen. Die Schuttplätze Kiels, Lübecks, Flensburgs und Neumünsters brannten insgesamt 260mal, die Kiels allein 131mal.

193mal zündete ein Feuer auf Heide, Moor und Wiesen, und 125mal standen Gräser und Bahndämme in Flammen. Im Vorjahr waren nur 28 bzw. 63 solcher Brände zu löschen gewesen.

Von den 1 065 Gebäudebränden waren 178 Großbrände. Sie haben überwiegend landwirtschaftliche Anwesen zerstört (65%). Ein Fünftel der Großbrände brach in Gebäuden des Handels, des Gewerbes und der Industrie aus, ein Achtel in Wohngebäuden und Anstalten. Knapp die Hälfte der 146 Mittelbrände erfaßte Handels-, Gewerbe- und Industriegebäude, 31% entflammten in Gebäuden der Landwirtschaft und des Gartenbaus und 23% in Wohngebäuden und Anstalten. Die 741 Klein- und Entstehungsbrände betrafen zu 62% Wohngebäude und Anstalten, zu 32% Gebäude des Handels, des Gewerbes und der Industrie und nur zu 6% Gebäude der Landwirtschaft und des Gartenbaues.

D 3457

Gebäudebrände
nach Gebäudearten und Brandumfang



Im Bild sind die gleichen Gebäudebrände nach Gebäudeart und Brandumfang aufgegliedert. Es zeigt, wie gering die Zahl der Groß- und Mittelbrände bei den Wohngebäuden und Anstalten und wie hoch sie bei den Gebäuden der Landwirtschaft und des Gartenbaues ist. Dies hat sich auf die Wertverluste bei den einzelnen Gebäudearten ausgewirkt. Der Schaden von 24 Millionen DM verteilt sich mit

3,0 Mill. DM auf Wohngebäude und Anstalten,
7,8 " " " Gebäude und Anlagen von Handel, Gewerbe und Industrie,
13,2 " " " Gebäude der Landwirtschaft und des Gartenbaues.

139 der 1 065 Gebäudebrände entstanden dadurch, daß Feuerstätten fehlerhaft bedient wurden oder brennbare Stoffe neben ihnen

Brände in Gebäuden nach der Brandursache 1963

| Brandursache | Anzahl der Brände | Wertverlust in 1 000 DM |
|---|----------------------|-------------------------------|
| Blitzschlag | 22 | 1 565 |
| Selbstentzündung | | |
| Ernteerzeugnisse | 27 | 2 435 |
| Andere Stoffe | 46 | 798 |
| Explosionen | 16 | 240 |
| Bauliche Einrichtungen in Zusammen- hang mit Feuerstätten | 127 | 1 791 |
| Schornsteinbrände | 58 | 232 |
| Betrieb und maschinelle Einrichtungen | 18 | 1 322 |
| Schweißen und Löten | 53 | 1 041 |
| Brandgefährliche Stoffe | 67 | 1 290 |
| Elektrische Energie | | |
| Anlagen | 112 | 5 371 |
| Haushalt | 40 | 201 |
| Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen | | |
| Offenes Licht, Rouchen | 136 | 1 395 |
| Fehlerhafte Bedienung von Feuer- stätten, brennbare Gegenstände an Feuerstätten | 139 | 2 079 |
| Werkzeuge, Flugfeuer | 24 | 156 |
| Vorsätzliche Brandstiftung | 58 | 1 886 |
| Kinderbrandstiftung | 64 | 1 467 |
| Unermittelt | 58 | 787 |
| Insgesamt | 1 065 | 24 055 |

lagerten; 136 Brände wurden durch unachtsamen Umgang mit offenem Licht oder Rauchwaren hervorgerufen. Gegenstände im Wert von 3,5 Mill. DM fielen dadurch den Flammen zum Opfer. Die größten Schäden verursachten jedoch die 112 Brände, die durch elektrische Anlagen (ohne Haushaltsgeräte) ausgelöst wurden. 5,4 Mill. DM betrug der Verlust, das ist mehr als ein Fünftel der Gesamteinbuße. Trotz gestiegener Zahl von Bränden ist der Schaden durch vorsätzliche Brandstiftung und Kinderbrandstiftung erheblich geringer als im Vorjahr. Durch vorsätzliche Brandstiftung

wurden Sachwerte von 1,9 Mill. DM (1962: 5,0 Mill. DM), durch Kinderbrandstiftung von 1,5 Mill. DM (1962: 2,0 Mill. DM) vernichtet.

Die Feuerwehren haben durch ihre Einsätze Schäden von 70 Mill. DM verhindern können. Wie gefährlich die Brandeinsätze z. T. waren, zeigen die 78 Unfälle, von denen einer tödlich verlief.

Um die 2 044 Brände zu löschen waren 2 621 Einsätze nötig; die Berufsfeuerwehren rückten 940mal aus und die Freiwilligen Feuerwehren 1 681mal.

Außer den Brandeinsätzen mußten die Feuerwehren auch noch in 1 335 anderen Fällen Hilfe leisten. Allein 703mal nahmen die Feuerwehren Absperrungen vor oder beseitigten Ölsuren u. dgl., 263mal halfen sie bei Wassereinbrüchen.

Hilfeleistungen der Feuerwehren 1963

| Anlaß | Hilfe- leistungen | davon durch | |
|---|----------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | Berufs- feuer- wehren | freiwillige Feuerwehren |
| Verkehrsunfälle | 56 | 44 | 12 |
| Betriebsunfälle | 7 | 5 | 2 |
| Menschen in Not | 100 | 87 | 13 |
| Gasvergiftungen | 77 | 77 | — |
| Tiere in Not | 84 | 81 | 3 |
| Sturmschäden | 39 | 35 | 4 |
| Einsturz von Baulichkeiten | 2 | 2 | — |
| Wasserschäden | 263 | 197 | 66 |
| Selbstentzündung von Ernte- erzeugnissen | 4 | 3 | 1 |
| Ölsuren, Absperrung usw. | 703 | 698 | 5 |
| Insgesamt | 1 335 | 1 229 | 106 |

Quelle: Landesamt für Brandschutz Schleswig-Holstein

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Vergleiche auch: "Die Brände im Jahre 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 344 (November)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

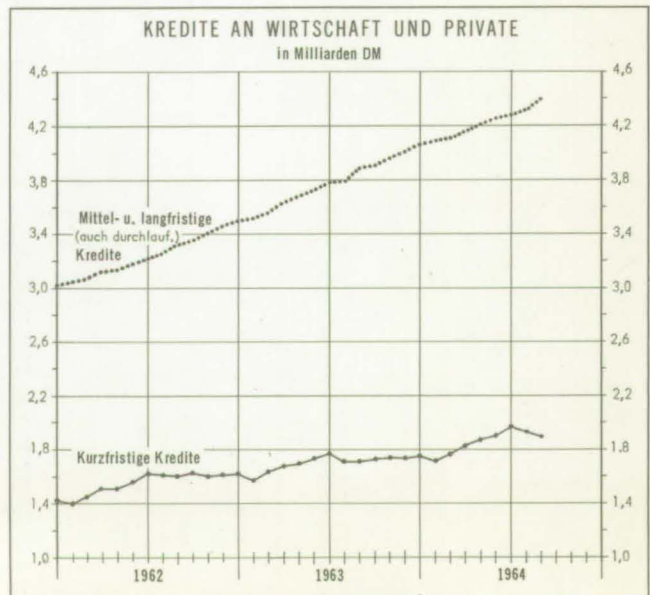
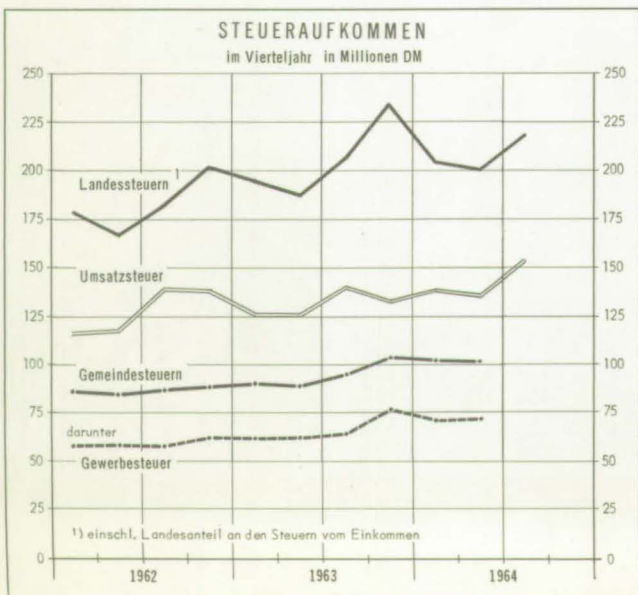
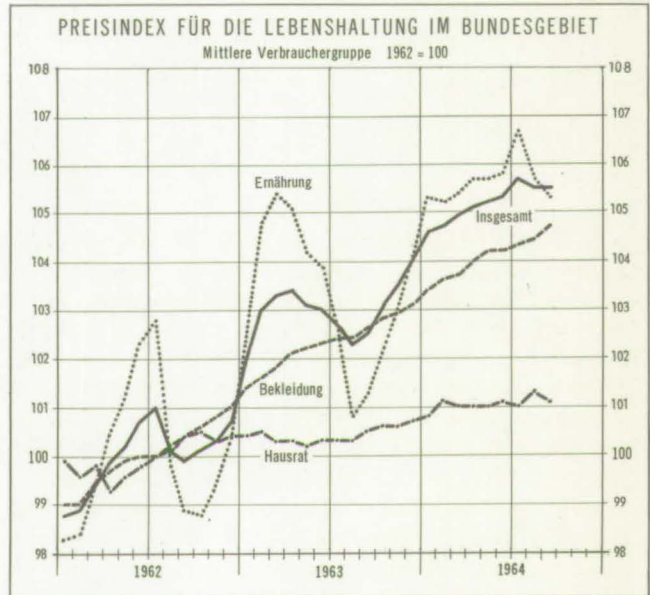
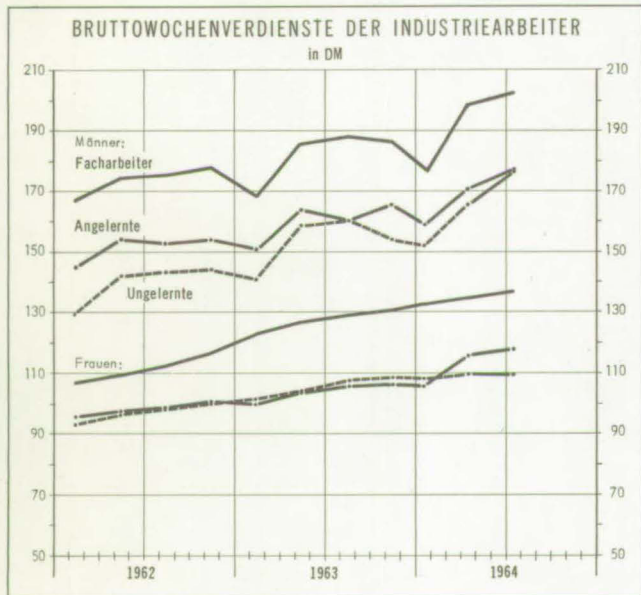
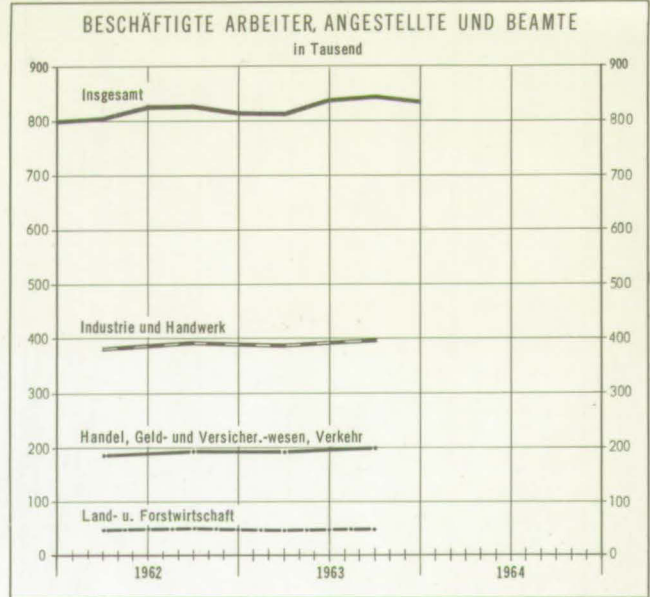
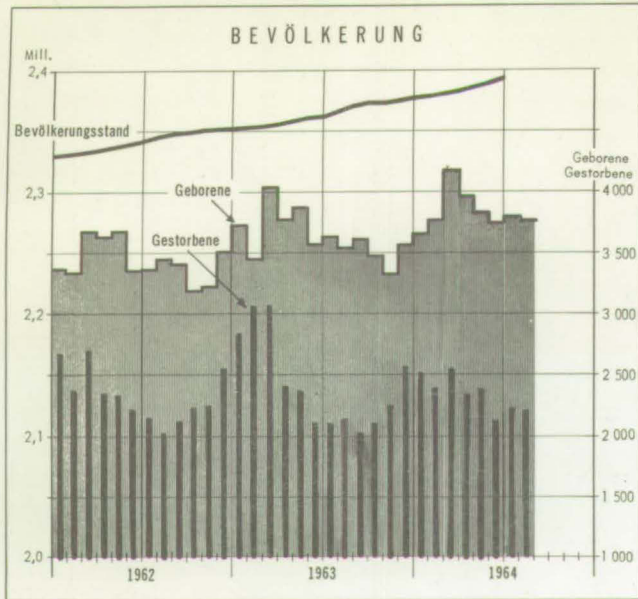
oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

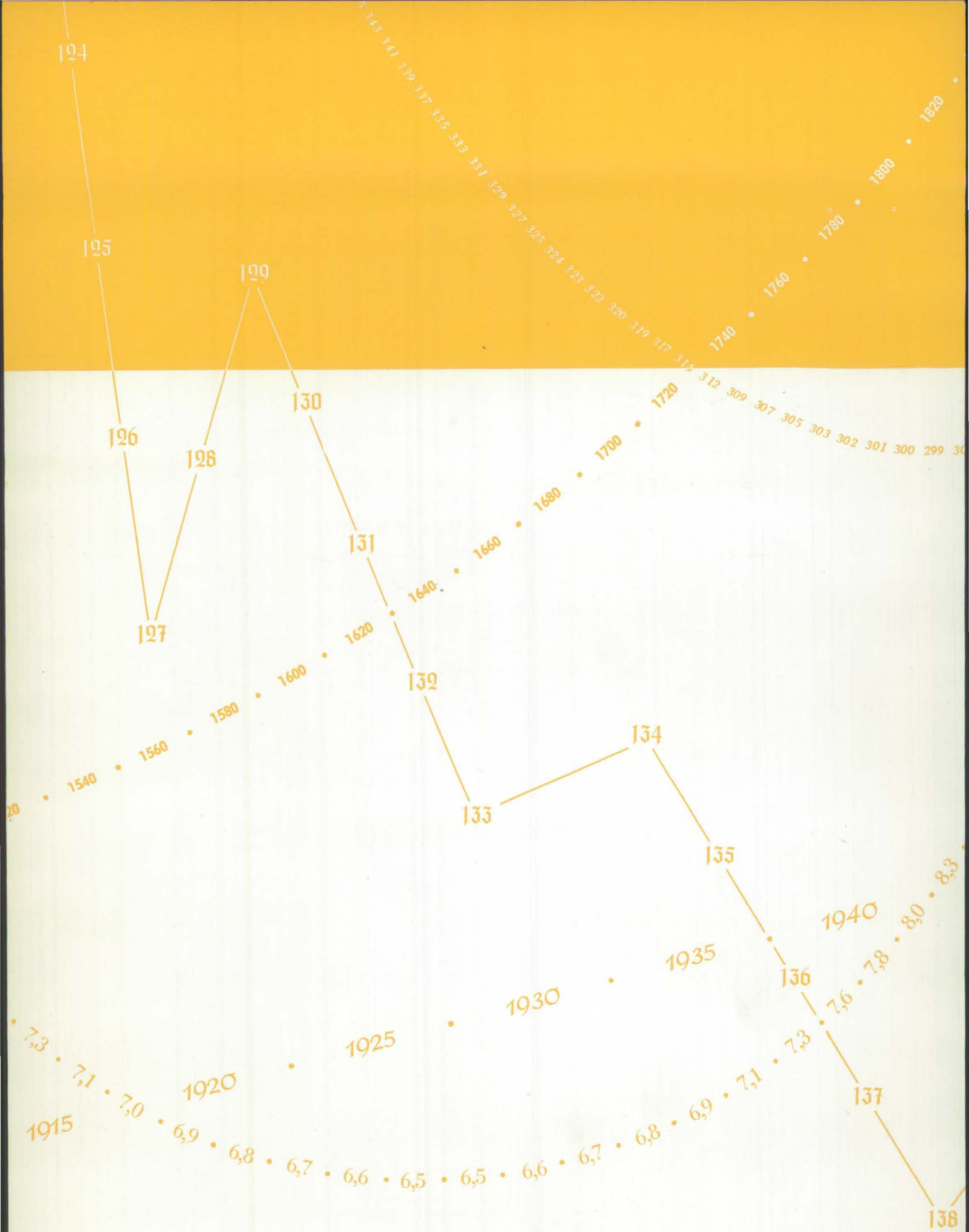
Angabe noch der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen